

§ 8. Les paragraphes 2, 3, 4 et 5 s'appliquent par analogie au point d'appui de la gestion d'archives visé à l'article 16. » .

Art. 4. Le présent décret produit ses effets le 1^{er} janvier 2005.

Promulguons le présent décret, ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Bruxelles, le 15 juillet 2005.

Le Ministre-Président du Gouvernement flamand,
Y. LETERME

Le Ministre flamand de la Culture, de la Jeunesse, des Sports et des Affaires bruxelloises,
B. ANCIAUX

Notes

(1) *Session 2004-2005.*

Documents. — Projet de décret : 385 - N° 1. — Rapport : 385 - N° 2. — Texte adopté par l'assemblée plénière : 385 - N° 3.

Annales. — Discussion et adoption : séances des 6 et 7 juillet 2005.

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2005 — 2295

[C — 2005/33073]

6. JUNI 2005 — Dekret über Massnahmen im Unterrichtswesen 2005 (1)

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL I — Abänderung des Königlichen Erlasses vom 15. April 1958 über das Besoldungsstatut des Lehr- und wissenschaftlichen sowie des ihm gleichgestellten Personals des Ministeriums des Unterrichtswesens

Artikel 1 - Artikel 16 des Königlichen Erlasses vom 15. April 1958 über das Besoldungsstatut des Lehr- und wissenschaftlichen sowie des ihm gleichgestellten Personals des Ministeriums des Unterrichtswesens wird wie folgt abgeändert:

1. Der einleitende Satz von Artikel 16 § 1 Buchstaben A. a) wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«Die effektiven Dienste, die ein Bediensteter als Inhaber eines besoldeten Amtes geleistet hat:»

2. Zwischen Artikel 16 § 1 Buchstaben A. a) und Artikel 16 § 1 Buchstaben A. b) wird ein Absatz eingefügt, mit folgendem Wortlaut:

«Teilzeitige Dienste in einem Amt werden verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung in diesem Amt angerechnet.»

3. Artikel 16 § 1 Buchstaben A. m) Nummer 2 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«2. in einem anderen öffentlichen Dienst als der Staatsdienst oder die Dienste in Afrika, sei es als Inhaber eines zivilen oder kirchlichen Amtes, das besoldet wurde, sei es als Berufssoldat.»

4. Zwischen Artikel 16 § 1 Buchstaben A. m) und Artikel 16 § 1 Buchstaben A. n) wird ein weiterer Absatz eingefügt, mit folgendem Wortlaut:

«Teilzeitige Dienste in einem Amt werden verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung in diesem Amt angerechnet.»

KAPITEL II — Abänderung des Königlichen Erlasses vom 2. Oktober 1968 zur Festlegung und Einteilung der Ämter der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals und des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der Ämter der Personalmitglieder des Inspektionsdienstes beauftragt mit der Aufsicht dieser Einrichtungen

Art. 2 - Im Königlichen Erlass vom 2. Oktober 1968 zur Festlegung und Einteilung der Ämter der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals und des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der Ämter der Personalmitglieder des Inspektionsdienstes beauftragt mit der Aufsicht dieser Einrichtungen wird in Artikel 8 Buchstabe a) eine Nummer 4bis mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«4bis. Ergotherapeut»

KAPITEL III — Abänderung des Königlichen Erlasses vom 22. April 1969 zur Festlegung der erforderlichen Befähigungsnachweise der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals und des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate

Art. 3 - Im Königlichen Erlass vom 22. April 1969 zur Festlegung der erforderlichen Befähigungsnachweise der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals und des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate wird in Artikel 15 eine Nummer 5 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«5. Ergotherapeut: Graduat in Ergotherapie verliehen gemäß dem Königlichen Erlass vom 16. April 1965 zur Schaffung des Diploms eines Graduierten in Kinesiotherapie und des Graduierten in Ergotherapie und zur Festlegung der Bedingungen der Verleihung dieser Diplome»

KAPITEL IV — Abänderung des Königlichen Erlasses vom 15. Januar 1974, Ergangen in Anwendung von Artikel 160 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des Paramedizinischen Personals der Staatlichen Einrichtungen für Vor-, primar-, sonder-, mittel-, technischen, kunst- und normalunterricht und der von diesen Einrichtungen Abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen Beauftragten Inspektionsdienstes

Art. 4 - Artikel 1 des Königlichen Erlasses vom 15. Januar 1974, ergangen in Anwendung von Artikel 160 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes, ersetzt durch den Erlass der Exekutive vom 1. September 1993, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 1 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«1. Die Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals mit Ausnahme der Schulleiter, Provisoren, Unterdirektoren, Hauptlehrer und Werkstattleiter haben Anrecht auf einen Jahresurlaub, der wie folgt festgelegt ist:

a) Weihnachtsferien: zwei Wochen sowie am 24., 25. und 26. Dezember, wenn diese Tage nicht in die zweiwöchige Ferienzeitspanne fallen;

b) Osterferien: zwei Wochen;

c) Sommerferien: vom 1. Juli bis zum 31. August; der Schulträger hat jedoch das Recht, auf das Personalmitglied in den letzten 5 Arbeitstagen des Monats August zurückzugreifen, um Prüfungen durchzuführen, Versetzungsentscheidungen zu treffen oder Versammlungen zur Vorbereitung des anstehenden Schuljahres abzuhalten;»

2. Nummer 4 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«4. Die Werkstattleiter und die Mitglieder des Erziehungshilfspersonals haben Anrecht auf einen Jahresurlaub, der wie folgt festgelegt ist:

a) Weihnachtsferien: zwei Wochen sowie am 24., 25. und 26. Dezember, wenn diese Tage nicht in die zweiwöchige Ferienzeitspanne fallen;

b) Osterferien: zwei Wochen;

c) Sommerferien:

— Die Werkstattleiter, Verwalter, Erzieher-Kontoristen und Direktionssekretäre haben Anrecht auf die unter Nr. 1 c) vorgesehenen Sommerferien, gekürzt um 10 Arbeitstage, die im Einvernehmen mit dem Schulleiter auf den Anfang des Monats Juli und/oder das Ende des Monats August zu verteilen sind;

— Die anderen, oben nicht erwähnten Mitglieder des Erziehungshilfspersonals haben Anrecht auf die unter Nr. 1 c) vorgesehenen Sommerferien, gekürzt um 5 Arbeitstage, die im Einvernehmen mit dem Schulleiter auf den Anfang des Monats Juli und/oder das Ende des Monats August zu verteilen sind.»

KAPITEL V — Abänderung des Königlichen Erlasses vom 27. Juni 1974 zur Festlegung der Dienstpostentabellen, die ab dem 1. April 1972 für die Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals und des paramedizinischen Personals der staatlichen Unterrichtseinrichtungen, für die Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes und der Personalmitglieder des Inspektionsdienstes für den Fernunterricht und für die Personalmitglieder des subventionierten Primarschulwesens gelten und zur Festlegung der Besoldungsgruppen für das Personal der staatlichen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren

Art. 5 - § 1 - Zum 31. August 2000 wird in Artikel 2 Kapitel H des Königlichen Erlasses vom 27. Juni 1974 zur Festlegung der Dienstpostentabellen, die ab dem 1. April 1972 für die Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals und des paramedizinischen Personals der staatlichen Unterrichtseinrichtungen, für die Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes und der Personalmitglieder des Inspektionsdienstes für den Fernunterricht und für die Personalmitglieder des subventionierten Primarschulwesens gelten und zur Festlegung der Besoldungsgruppen für das Personal der staatlichen psycho-medizinisch-sozialen Zentren ein Punkt mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

«Ergotherapeut 315»

Ab dem 1. September 2005 wird der Wortlaut der Rubrik «Paramedizinisches Personal» von Artikel 2 Kapitel H des oben erwähnten Königlichen Erlasses vom 27. Juni 1974 wie folgt ersetzt:

«Kinderpfleger 015

Krankenpfleger 216

Logopäde 216

Heilgymnast 216

Ergotherapeut 216»

§ 2 - Zwischen dem 1. September 2004 und dem 31. August 2005 erhalten die in Artikel 2 Kapitel H des o.e. Königlichen Erlasses vom 27. Juni 1974 erwähnten Personalmitglieder eine Gehaltserhöhung, die 90% der Differenz entspricht zwischen dem Dienstposten, der am 31. August 2000 Anwendung fand und dem Dienstposten, der in Absatz 2 dieses Artikels eingeführt wird.

KAPITEL VI — Abänderung des Königlichen Erlasses vom 27. Juli 1976 zur Regelung der Zurdispositionstellung wegen Stellenmangels, der Wiedereinberufung in den Dienst und der Gewährung einer Wartegehaltssubvention im subventionierten Unterrichtswesen

Art. 6 - Der Königliche Erlass vom 27. Juli 1976 zur Regelung der Zurdispositionstellung wegen Stellenmangels, der Wiedereinberufung in den Dienst und der Gewährung einer Wartegehaltssubvention im subventionierten Unterrichtswesen wird wie folgt abgeändert:

1. In Artikel 3 wird ein § 6 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«§ 6 - Ein Personalmitglied, das wegen Stellenmangels zur Disposition steht, kann die vorübergehende Aussetzung der Zahlung der Wartegehaltssubvention im Zusammenhang mit der Zurdispositionstellung beantragen. Die Aussetzung muss nicht unbedingt vollständig sein.

Der entsprechende schriftliche Antrag zur Aussetzung wird dem Schulträger übermittelt, der ihn seinerseits der Regierung im Rahmen der in § 4 vorgesehenen Benachrichtigung zwecks Anerkennung zustellt.

Während der Dauer der Aussetzung unterliegt das Personalmitglied nicht mehr den Pflichten der Wiedereinberufung in den Dienst und der Wiederbeschäftigung mit Ausnahme der Wiedereinberufung in den Dienst bei einer gemäß Artikel 1 § 3 endgültig offenen Stelle bei seinem Schulträger für das gemäß Artikel 1 § 2 selbe Amt. Der Schulträger ist in dem Fall dazu verpflichtet, diese Stelle gemäß Artikel 5 § 1 Nummer 2 anzubieten.

Die Aussetzung wird von der Regierung gleichzeitig mit der Zurdispositionstellung anerkannt und gilt ab dem Zeitpunkt der Anerkennung bis zum Ende des Schuljahres. Eine Erneuerung in den darauffolgenden Schuljahren ist jeweils nach dem in den vorhergehenden Absätzen vorgesehenen Verfahren möglich.»

2. In Artikel 5 § 1 wird eine Nummer 9 mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

«9. Muss gemäß der in den Nummern 2 bis 7 festgelegten Reihenfolge ein Personalmitglied wiederbeschäftigen, das nicht gemäß den Nummern 2 bis 7 wiedereinberufen werden konnte.

Bei der Wiederbeschäftigung handelt es sich im Gegensatz zur Wiedereinberufung in den Dienst um eine Wiederbeschäftigung im selben Amt gemäß Artikel 1 § 2 Nummer 2, wobei es sich jedoch nicht um ein Amt handelt, das die nachstehenden Bedingungen erfüllen muss:

a) ein Amt, das derselben Klasse zuzuordnen ist – als unterschiedliche Klassen gelten das Beförderungsamtsamt, das Auswahlamt und das Anwerbungsamt;

b) ein Amt, das derselben Unterrichtsebene zuzuordnen ist – als unterschiedliche Ebenen gelten Kindergarten, Primarschule, Sekundarschule-Unterstufe, Sekundarschule Oberstufe und Hochschule;

c) ein Amt mit derselben Besoldung vorsieht, selbst wenn die Stundenzahl verschieden ist.

Eine Wiederbeschäftigung gemäß der vorhergehenden Absätze darf nicht dazu führen, dass ein Personalmitglied, das in einem Anwerbungsamt zur Disposition steht, in einem Auswahl- oder Beförderungsamtsamt wiederbeschäftigt wird. Dasselbe gilt beim Inhaber eines Auswahlamtes für eine Wiederbeschäftigung in einem Beförderungsamtsamt.»

3. Artikel 5 § 4 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«§ 4 - Unbeschadet § 1 Nummern 2, 3, 7 und 9 wendet sich der Schulträger an die in Artikel 8 angeführte Reaffektierungskommission, die der Regierung ein Personalmitglied auf einer der in Artikel 4 § 1 vorgesehenen Listen vorschlägt. Die Regierung kann den Schulträger anweisen das vorgeschlagene Personalmitglied wieder einzuberufen oder wiederzubeschäftigen.

Eine Wiedereinberufung oder Wiederbeschäftigung eines Personalmitglieds im offiziellen subventionierten Unterrichtswesen, das im freien subventionierten Unterrichtswesen zur Disposition steht, und umgekehrt ist ausgeschlossen.»

4. In Artikel 7 wird in § 1 Absatz 2 ein dritter Spiegelstrich mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

«— eine Stelle in einem Amt, so wie es in Artikel 5 § 1 Nummer 9 vorgesehen ist, dies im Rahmen der in Nummer 2 angeführten Einschränkungen»

5. In Artikel 7 wird in § 2 ein Absatz 2 mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

«Eine Wiederbeschäftigung im Sinne von Artikel 5 § 1 Nummer 9 ist in Abwartung einer Wiedereinberufung ebenfalls verpflichtend. Es gelten die im vorhergehenden Absatz angeführten Einschränkungen.»

6. Artikel 8 § 1 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«§ 1 - Die Regierung richtet eine Reaffektierungskommission für das Grundschulwesen und eine für das Sekundar- und Hochschulwesen ein.

Jede Kommission setzt sich zusammen aus:

1. einem Vertreter der Träger des freien subventionierten Unterrichtswesens, einem Vertreter der Träger des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens und zwei Vertretern der Personalmitglieder. Es gibt für jede Kategorie ebensoviel Ersatzmitglieder wie effektive Mitglieder;

2. einem Präsidenten und einem stellvertretenden Präsidenten;

3. einem Sekretär und einem beigeordneten Sekretär.

Die effektiven Mitglieder und die Ersatzmitglieder werden von der Regierung auf Vorschlag der Träger beziehungsweise der repräsentativen Gewerkschaftsorganisationen im freien subventionierten und offiziellen subventionierten Unterrichtswesen bezeichnet.

Der Präsident, der stellvertretende Präsident, der Sekretär und der beigeordnete Sekretär werden von der Regierung unter den Beamten oder Vertragsbediensteten des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezeichnet.

Ein effektives Mitglied, das an einer Sitzung nicht teilnehmen kann, wird durch sein Ersatzmitglied vertreten. Eine Entscheidung der Kommission erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Präsident.»

7. In Artikel 8 § 2 wird ein zweiter Absatz mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

«Die Kommissionen nehmen zusätzlich die in Artikel 5 § 4 angeführte Aufgabe wahr.»

KAPITEL VII — Abänderung des Königlichen Erlasses vom 19. Mai 1981 Bezüglich der Ferien und Urlaube Zugunsten der Praktikanten oder Definitiv Ernannten Mitglieder des Technischen Personals der Staatlichen PMS-Zentren, der Staatlichen Ausbildungszentren und der Inspektionsdienste

Art. 7 - Artikel 1 Punkt a) des Königlichen Erlasses vom 19. Mai 1981 bezüglich der Ferien und Urlaube zugunsten der Praktikanten oder definitiv ernannten Mitglieder des technischen Personals der staatlichen PMS-Zentren, der staatlichen Ausbildungszentren und der Inspektionsdienste wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«a) Weihnachtsferien: zwei Wochen sowie am 24., 25. und 26. Dezember, wenn diese Tage nicht in die zweiwöchige Ferienzeitspanne fallen.»

KAPITEL VIII — Abänderung des Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 über die Planstellen, Gehälter, Gehaltssubventionen und die Urlaube wegen verkürzter Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den PMS-Zentren

Art. 8 - Artikel 8 des Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 über die Planstellen, Gehälter, Gehaltssubventionen und die Urlaube wegen verkürzter Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den PMS-Zentren, ersetzt durch das Dekret vom 25. Juni 1996 und abgeändert durch die Dekrete vom 29. Juni 1998 und vom 23. Oktober 2000, wird wie folgt abgeändert:

1. Im § 1 werden die Absätze 1 und 2 durch folgende Absätze ersetzt:

«Die in Artikel 7 angeführten Personalmitglieder, die sich im aktiven Dienst befinden oder aus Krankheitsgründen zur Disposition stehen und die ein Anwerbungs-, Auswahl- oder Beförderungsamts bekleiden, können vor der Versetzung in den Ruhestand aus persönlichen Gründen zur Disposition gestellt werden, wenn sie folgende Bedingungen erfüllen:

1. sie erreichen spätestens am 31. Dezember des betreffenden Jahres das Alter von mindestens achtundfünfzig Jahren;
2. sie haben mindestens zwanzig Dienstjahre absolviert;
3. sie beziehen zum Zeitpunkt der Zurdispositionstellung keine Ruhestandspension zu Lasten der Staatskasse.

In Abweichung von Absatz 1 Nr. 1 können die in Artikel 7 angeführten Personalmitglieder, die sich im aktiven Dienst befinden oder aus Krankheitsgründen zur Disposition stehen und die ein Anwerbungs-, Auswahl- oder Beförderungsamts bekleiden, vor der Versetzung in den Ruhestand aus persönlichen Gründen zur Disposition gestellt werden, wenn sie spätestens am 31. Dezember 2005 das Alter von mindestens fünfundfünfzig Jahren erreichen.

In Abweichung von Absatz 1 Nr. 1 können die in Artikel 7 angeführten Personalmitglieder, die sich im aktiven Dienst befinden oder aus Krankheitsgründen zur Disposition stehen und die ein Anwerbungs-, Auswahl- oder Beförderungsamts bekleiden, vor der Versetzung in den Ruhestand aus persönlichen Gründen zur Disposition gestellt werden, wenn sie zwischen dem 1. Januar 2006 und dem 31. Dezember 2008 das Alter von mindestens fünfundfünfzig Jahren erreichen.

Die Zurdispositionstellung erfolgt ausschließlich am 1. September. Ein entsprechender Antrag muss spätestens am 1. Juni durch Vermittlung des Direktors beziehungsweise des Schulleiters bei der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingereicht werden.»

2. § 2 wird um drei Absätze mit folgendem Wortlaut ergänzt:

«In Abweichung von Absatz 3 wird bei allen Personalmitgliedern, die vor dem 1. Januar 2004 aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand zur Disposition gestellt wurden, bei der Berechnung des Wartehaltes die gesamte Zeitspanne der vollzeitigen Laufbahnunterbrechungen berücksichtigt.

In Abweichung von Absatz 3 gelten als Dienstjahre für die in § 1 Absatz 1 angeführten Personalmitglieder, die Dienstjahre als Personalmitglieder im Unterrichtswesen, in denen sie sich im aktiven Dienst befinden beziehungsweise zur Disposition stehen und ein Gehalt- oder eine Gehaltssubvention beziehungsweise ein Wartehalt oder eine Wartehaltssubvention bezogen haben. Werden ebenfalls als Dienstjahre berücksichtigt die Zeitspannen des unbezahlten Urlaubs wegen Krankheit oder Gebrechen, der unbezahlte Mutterschaftsurlaub, der Elternurlaub, die in Artikel 3 des Erlasses der Regierung vom 9. November 1994 bezüglich der Laufbahnunterbrechung im Unterrichtswesen und in den Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren angeführten Laufbahnunterbrechungen während der Zeitspanne, in der ein Kind des Personalmitglieds auf Grund seines Alters noch nicht zum Kindergarten zugelassen ist, die in Artikel 4bis, 4ter und 4quater desselben Erlasses angeführten Sonderformen der Laufbahnunterbrechung sowie die Militärdienstzeit. Teilzeitige Dienste in einem Amt werden im Verhältnis zu einer Vollzeitbeschäftigung in diesem Amt angerechnet.

In Abweichung von Absatz 3 gilt bezüglich der Dienstjahre für die in § 1 Absatz 3 angeführten Personalmitglieder die im vorhergehenden Absatz angeführte Regelung. In Abweichung von Absatz 1 darf das Wartehalt für diese Personalmitglieder in keinem Fall mehr als 40% des letzten Dienstgehalts oder der letzten Dienstgehaltssubvention ausmachen.»

Art. 9 - Artikel 10 desselben Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984, ersetzt durch das Dekret vom 25. Juni 1996 und abgeändert durch die Dekrete vom 29. Juni 1998 und vom 23. Oktober 2000, wird wie folgt abgeändert:

1. § 1 - Absatz 1 wird durch folgende Absätze ersetzt:

«Die in Artikel 7 angeführten Personalmitglieder, die sich im aktiven Dienst befinden oder aus Krankheitsgründen zur Disposition stehen und die ein Anwerbungs- oder Auswahlamt bekleiden, können vor der Versetzung in den Ruhestand teilweise aus persönlichen Gründen zur Disposition gestellt werden, wenn sie folgende Bedingungen erfüllen:

1. sie erreichen spätestens am 31. Dezember des betreffenden Jahres das Alter von mindestens achtundfünfzig Jahren;
2. sie haben mindestens zwanzig Dienstjahre absolviert;
3. sie beziehen zum Zeitpunkt der Zurdispositionstellung keine Ruhestandspension zu Lasten der Staatskasse.

In Abweichung von Absatz 1 Nr. 1 können die in Artikel 7 angeführten Personalmitglieder, die sich im aktiven Dienst befinden oder aus Krankheitsgründen zur Disposition stehen und die ein Anwerbungs- oder Auswahlamt bekleiden, vor der Versetzung in den Ruhestand teilweise aus persönlichen Gründen zur Disposition gestellt werden, wenn sie spätestens am 31. August 2005 das Alter von mindestens fünfundfünfzig Jahren erreichen.»

2. § 1 - Absatz 4, der zu Absatz 5 wird, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«Die Zurdispositionstellung erfolgt ausschließlich am 1. September. Ein entsprechender Antrag muss spätestens am 1. Juni durch Vermittlung des Direktors beziehungsweise des Schulleiters bei der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingereicht werden.»

Art. 10 - Zwischen Artikel 10 und Artikel 10bis, der Artikel 10ter wird, wird ein Artikel 10bis mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 10bis - § 1 - Die in Artikel 7 angeführten Personalmitglieder, die sich im aktiven Dienst befinden oder aus Krankheitsgründen zur Disposition stehen und die ein Anwerbungs- oder Auswahlamt bekleiden, können vor der Versetzung in den Ruhestand teilweise aus persönlichen Gründen zur Disposition gestellt werden, wenn sie das Alter von fünfundfünfzig Jahren im betreffenden Jahr oder in den vorhergehenden Jahren erreicht haben, mindestens zwanzig Dienstjahre absolviert haben und keine Ruhestandspension zu Lasten der Staatskasse beziehen können.

Diese Zurdispositionstellung ist den Personalmitgliedern nur gestattet, wenn die Anzahl Stunden oder Unterrichtsstunden, die zum Amt beziehungsweise zu den Ämtern gehören, in dem beziehungsweise in denen sie ernannt sind, mehr als drei Viertel der Anzahl Stunden oder Unterrichtsstunden ausmacht, die für eine Vollzeitbeschäftigung in diesem Amt beziehungsweise in diesen Ämtern vorgeschrieben ist.

Für die Anwendung des vorliegenden Paragraphen werden die Dienste berücksichtigt, die für die Eröffnung des Anrechtes auf die Ruhestandspension angerechnet werden.

§ 2 - Die Dauer des Dienstes, den die Personalmitglieder leisten müssen, entspricht drei Vierteln einer Vollzeitbeschäftigung.

Die Personalmitglieder des Direktions- und Lehrpersonals sind dazu verpflichtet, während zwei Dritteln des Dienstes weiterhin zu unterrichten. Dies entspricht der Hälfte einer Vollzeitbeschäftigung.

Für das verbleibende Viertel gilt:

1. Dem Personalmitglied dürfen pädagogische Dienstleistungen auferlegt werden, wobei Unterrichten nur erlaubt ist, wenn sein Einverständnis vorliegt. Handelt es sich hierbei um eine Vertretung eines Personalmitgliedes, das mehr als 5 Tage abwesend ist, weist der Schulträger zusätzlich mittels Schreiben des Arbeitsamtes der Deutschsprachigen Gemeinschaft nach, dass kein geeigneter Lehrer auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht. Das Unterrichten darf zusätzlich nicht zu Klassenaufteilungen und zur Schaffung neuer Unterrichtsangebote führen.

2. Dem Personalmitglied dürfen administrative Dienstleistungen auferlegt werden, wenn sein Einverständnis vorliegt.

§ 3 - Die Zurdispositionstellung erfolgt ausschließlich am 1. September. Ein entsprechender Antrag muss spätestens am 1. Juni durch Vermittlung des Direktors beziehungsweise des Schulleiters bei der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingereicht werden.

§ 4 - Die Zurdispositionstellung ist unumkehrbar und wird bis zum Datum gewährt, an dem die Personalmitglieder die in § 1 angeführte Pension beanspruchen können. Eine Umwandlung in die in Artikel 8 angeführte Zurdispositionstellung im Alter von 58 Jahren ist möglich.»

KAPITEL IX — *Abänderung des Königlichen Erlasses vom 29. Juni 1984 über die Organisation des Sekundarschulwesens*

Art. 11 - In Artikel 55 § 1 des Königlichen Erlasses vom 29. Juni 1984 über die Organisation des Sekundarschulwesens wird ein dritter Absatz mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

«Die Versetzungsentscheidungen erfolgen spätestens am ersten Schultag des Monats September.»

KAPITEL X — *Abänderung des Dekretes vom 27. Juni 1990 zur Bestimmung der Weise, wie die Dienstposten für das Personal im Sonderschulwesen festgelegt werden*

Art. 12 - Das Dekret vom 27. Juni 1990 zur Bestimmung der Weise, wie die Dienstposten für das Personal im Sonderschulwesen festgelegt werden, wird wie folgt abgeändert:

1. Artikel 35 § 1, abgeändert durch das Dekret vom 1. Juni 1992, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«§ 1 - In den Sonderschulen umfasst die Kategorie des paramedizinischen Personals die Ämter als Krankenpfleger, Kinesiotherapeut, Logopäde, Ergotherapeut und Kinderpflegerin, während die Kategorie des Sozialpersonals das Amt als Sozialassistent umfasst.»

2. Artikel 51, ersetzt durch das Programmdekret vom 29. Juni 1998, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 51 - In der Kategorie «paramedizinisches Personal» können innerhalb des Stundenkapitals Stellen als Kinderpflegerin, Krankenpfleger, Kinesiotherapeut, Logopäde und Ergotherapeut geschaffen werden.»

3. Es wird ein Artikel 53^{quater} mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 53^{quater} - § 1 - Wenn eine Sondergrundschule in einer Niederlassung am 30. September des laufenden Schuljahres 5% mehr Schüler zählt als am 30. September 2003, erhält diese Schule zusätzlich zu dem laut Artikel 5^{ter} berechneten Stellenkapital 24 Unterrichtsstunden für das Direktions- und Lehrpersonal.

Diese Stunden werden vom 1. Oktober des laufenden Schuljahres bis zum 30. September des folgenden Schuljahres gewährt.

§ 2 - Wenn eine Sondersekundarschule in einer Niederlassung am 30. September des laufenden Schuljahres 5% mehr Schüler zählt als am 30. September 2003, erhält diese Schule zusätzlich zu dem laut Artikel 5^{ter} berechneten Stellenkapital entweder 22 Unterrichtsstunden für das Direktions- und Lehrpersonal oder 32 Unterrichtsstunden für das paramedizinische Personal.

Diese Stunden werden vom 1. Oktober des laufenden Schuljahres bis zum 30. September des folgenden Schuljahres gewährt.

§ 3 - Artikel 5^{ter} sowie §§ 1 und 2 des vorliegenden Artikels gelten für die Schuljahre 2005-2006 und 2006-2007.»

KAPITEL XI — *Abänderung des Dekretes vom 25. Juni 1996 über die Organisation eines Teilzeitunterrichts im Rahmen des berufsbildenden Regelsekundarschulwesens*

Art. 13 - Artikel 9 § 3 des Dekretes vom 25. Juni 1996 über die Organisation eines Teilzeitunterrichts im Rahmen des berufsbildenden Regelsekundarschulwesens wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«§ 3 - Für die sozialpädagogische Betreuung der Schüler wird jedem Zentrum die nachstehende Anzahl Planstellen zu 36 Wochenstunden im Amt eines Sozialassistenten der Kategorie Erziehungshilfspersonal gewährt:

1. bis zum 20. regulären Schüler: eine halbe Planstelle,
2. für jede weitere angefangene Gruppe von 20 regulären Schülern: eine zusätzliche halbe Planstelle.

Die pflichtgemäße wöchentliche Anwesenheitszeit des Sozialassistenten beläuft sich auf mindestens 36 und höchstens 38 Stunden zu 60 Minuten.»

KAPITEL XII — *Abänderung des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen*

Art. 14 - Artikel 39 § 1 Absatz 1 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«Der Schüler oder sein Erziehungsberechtigter, der eine Entscheidung des Klassenrates über die Versetzung oder Vergabe eines Studiennachweises beanstanden möchte, wendet sich spätestens am ersten Arbeitstag nach Mitteilung der Entscheidung an den Schulleiter. Der Schulleiter bestätigt am selben Tag die Entscheidung des Klassenrates oder legt aus formalen oder inhaltlichen Gründen diesen Fall umgehend erneut dem Klassenrat zur Entscheidung vor. Der Klassenrat entscheidet nach Möglichkeit am selben Tag spätestens aber am darauffolgenden Arbeitstag.»

KAPITEL XIII — *Abänderung des Dekrets über das Regelgrund-Schulwesen vom 26. April 1999*

Art. 15 - Artikel 42 § 1 des Dekrets vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen wird durch einen Absatz 3 mit folgendem Wortlaut ergänzt:

«In Abweichung von Absatz 2 wird ein Schulleiter ganz von seiner Lehrtätigkeit befreit und erhält der Schulträger eine Vollzeitstelle, wenn die Schule mindestens 141 Schüler zählt und mindestens drei Niederlassungen umfasst.

KAPITEL XIV — *Abänderung des Dekretes vom 19. April 2004 über die Vermittlung und den Gebrauch der Sprachen im Unterrichtswesen*

Art. 16 - Artikel 52 Absatz 2 des Dekretes vom 19. April 2004 über die Vermittlung und den Gebrauch der Sprachen im Unterrichtswesen wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«Personalmitglieder, die vor Ende des Schuljahres 2006-2007 die durch oder aufgrund des Gesetzes vom 30. Juli 1963 über die Regelung des Sprachgebrauchs im Unterrichtswesen vorgesehenen erforderlichen Sprachkenntnisse nachweisen, können zeitweilig bezeichnet oder eingestellt, zum Praktikum zugelassen oder definitiv ernannt beziehungsweise eingestellt werden.»

KAPITEL XV — *Stundenspanne bei einer Teilzeitbeschäftigung*

Art. 17 - § 1 - Wenn für ein Amt im Falle einer Vollzeitbeschäftigung durch oder aufgrund des Gesetzes beziehungsweise des Dekrets eine Stundenspanne mit einer Mindest- und einer Höchstanzahl zu leistender Unterrichtsstunden oder Arbeitsstunden pro Woche vorgeschrieben ist, dann gilt für dieses Amt im Falle einer Teilzeitbeschäftigung, vorausgesetzt diese macht mindestens die Hälfte eines vollen Stundenplanes aus, ebenfalls eine Stundenspanne mit einer Mindest- und einer Höchstanzahl zu leistender Unterrichtsstunden oder Arbeitsstunden pro Woche.

§ 2 - Die Stundenspanne mit Mindest- und Höchstanzahl Stunden bei Teilzeitbeschäftigung wird folgendermaßen festgelegt:

1. Die Mindestanzahl Stunden entspricht entweder der eigentlichen Anzahl Stunden, für die das Personalmitglied bezeichnet, ernannt oder eingestellt ist, oder der Anzahl Stunden, die es auf Grund irgendeines Urlaubs oder irgendeiner Zurdispositionstellung, der oder die die Dienstleistung verringert, noch zu leisten hat.

2. Die Höchstanzahl Stunden erhält man, indem man die in Nummer 1 angeführte Mindestanzahl durch die vorgeschriebene Mindestanzahl bei Vollzeitbeschäftigung teilt und mit der vorgeschriebenen Höchstanzahl der zu leistenden Stunden bei Vollzeitbeschäftigung multipliziert.

Ergibt die in Absatz 1 Nummer 2 angeführte Berechnung keine ganze Zahl, wird auf die nächste kleinere ganze Zahl abgerundet.

§ 3 - Der Schulträger entscheidet, wie viele Stunden das Personalmitglied innerhalb dieser Stundenspanne leistet.

§ 4 - Die Stunden, die über diese Mindestanzahl hinausgehen, werden nicht vom Stundenkapital abgezogen, das durch oder aufgrund des Gesetzes oder Dekrets gewährt wird.

KAPITEL XVI — *Ernenntungsstopp im Grundschulwesen*

Art. 18 - In Abweichung von Artikel 31 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes, von Artikel 11 des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische, protestantische und israelitische Religion in den Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft, von Artikel 46 des Dekretes vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums oder von Artikel 36 des Dekretes vom 29. März 2004 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens und der offiziellen subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren erfolgt während der Schuljahre 2005-2006 bis einschließlich 2007-2008 keine Zulassung zum Praktikum, keine definitive Einstellung oder definitive Ernennung in einem Anwerbungsamt im Grundschulwesen.

KAPITEL XVII — *Sprachliche Anforderungen an das Lehrpersonal der Musikakademie der Deutschsprachigen Gemeinschaft*

Art. 19 - § 1 - Die Unterrichte in der Musikakademie der Deutschsprachigen Gemeinschaft werden von Personalmitgliedern erteilt, die die deutsche Sprache gründlich beherrschen. Hiervon ausgenommen sind der Instrumentalunterricht und die Begleitung, die von Personalmitgliedern erteilt werden, die die deutsche Sprache ausreichend beherrschen.

Als Nachweis der gründlichen oder ausreichenden Beherrschung gelten die in Artikel 26 des Dekretes vom 19. April 2004 über die Vermittlung und den Gebrauch der Sprachen im Unterrichtswesen angeführten Nachweise, einschließlich der gemäß Titel VII des Dekretes vom 19. April 2004 vor den schulexternen Prüfungsausschüssen erworbenen Bescheinigungen sowie die Bescheinigung einer bestandenen Prüfung, die gemäß Artikel 15 § 1 Absatz 3 der koordinierten Gesetze vom 18. Juli 1966 über den Sprachgebrauch in Verwaltungsangelegenheiten organisiert wird, um in einer Dienststelle im deutschen Sprachgebiet ein Amt oder eine Stelle der Stufe 1 oder der Stufe II-bekleiden zu können.

§ 2 - Hat die Musikakademie nachweislich Schwierigkeiten, Personen anzuwerben, die die in § 1 festgelegten Bedingungen erfüllen, kann die Regierung ihr erlauben, Personalmitglieder anzuwerben, die diese Bedingungen nicht erfüllen.

Absatz 1 findet Anwendung unter der Voraussetzung, dass die Musikakademie

1. ein Stellenangebot in einer Zeitung aufgegeben hat,
2. das Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft schriftlich über die Vergabe einer Stelle unterrichtet hat und
3. der Regierung anschließend mitgeteilt hat, dass keiner der Bewerber alle Bedingungen erfüllt, um zeitweilig bezeichnet oder eingestellt werden zu können.

Eine Abweichung wird für jedes betroffene Personalmitglied einzeln gewährt; sie gilt für höchstens ein Schuljahr und kann erneuert werden.

KAPITEL XVIII — *Arbeitszeitregelung im Falle verringerter Dienstleistungen wegen einesurlaubes oder einer Zurdispositionstellung*

Art. 20 - Vorliegendes Kapitel findet Anwendung auf:

1. die Personalmitglieder der Unterrichtseinrichtungen und Psycho-Medizinisch-Sozialen-Zentren, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert werden und die einem Dienstrecht unterliegen,
2. die subventionierten Personalmitglieder der Unterrichtseinrichtungen und Psycho-Medizinisch-Sozialen-Zentren, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft subventioniert werden und die einem Dienstrecht unterliegen.

Art. 21 - Im Falle verringerter Dienstleistungen eines Personalmitglieds wegen irgendeiner Urlaubsform oder irgendeiner Form der Zurdispositionstellung werden diese Dienstleistungen auf höchstens vier Tage pro Woche verteilt, falls die Verringerung mindestens ein Fünftel einer Vollzeitbeschäftigung ausmacht. Beträgt die Verringerung der Dienstleistung die Hälfte einer Vollzeitbeschäftigung, werden die Dienstleistungen zusätzlich auf höchstens sechs Halbtage pro Woche begrenzt.

KAPITEL XIX — *Regelung bestimmter Urlaubsformen*

Abschnitt 1 — Anwendungsbereich

Art. 22 - Vorliegendes Kapitel findet Anwendung auf:

1. die Personalmitglieder der Unterrichtseinrichtungen und Psycho-Medizinisch-Sozialen-Zentren, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert werden und die einem Dienstrecht unterliegen,
2. die subventionierten Personalmitglieder der Unterrichtseinrichtungen und Psycho-Medizinisch-Sozialen-Zentren, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft subventioniert werden und die einem Dienstrecht unterliegen.

Abschnitt 2 — Gelegenheitsurlaube

Art. 23 - Der Schulträger gewährt den in Artikel 22 erwähnten Personalmitgliedern, die sich im aktiven Dienst befinden, auf ihren Antrag hin unter folgenden Voraussetzungen die nachstehenden Gelegenheitsurlaube:

1. Entbindung der Ehefrau oder der Lebensgefährtin
 - a) Dauer: 10 Arbeitstage,
 - b) Zeitpunkt: ab dem Tag der Geburt innerhalb einer Zeitspanne von 14 Tagen;
2. Eheschließung des Personalmitglieds:
 - a) Dauer: 4 Arbeitstage,
 - b) Zeitpunkt: in der Woche, in der die Eheschließung stattfindet, oder in der darauf folgenden Woche;
3. Eheschließung eines Kindes des Personalmitglieds, eines Kindes seines Ehepartners oder seines Lebensgefährten:
 - a) Dauer: 2 Arbeitstage,
 - b) Zeitpunkt: in der Woche, in der die Eheschließung stattfindet, oder in der darauf folgenden Woche;
4. Eheschließung eines Elternteils oder Stiefelternteils, eines Enkelkinds, eines der Geschwister oder Stiefgeschwister des Personalmitglieds:
 - a) Dauer: 1 Arbeitstag,
 - b) Zeitpunkt: Tag der Eheschließung;
5. Tod des Ehepartners, des Lebensgefährten oder eines verwandten oder verschwägerten Familienmitglieds 1. Grades des Personalmitglieds oder dessen Lebensgefährten:
 - a) Dauer: 4 Arbeitstage,
 - b) Zeitpunkt: in der Woche, in der der Todesfall eintritt, oder in der darauf folgenden Woche;
6. Tod eines verwandten oder verschwägerten Familienmitglieds gleich welchen Grades des Personalmitglieds oder dessen Lebensgefährten, das mit dem Personalmitglied unter einem Dach wohnt:
 - a) Dauer: 2 Arbeitstage,
 - b) Zeitpunkt: ab dem Tag des Todesfalls bis zum Tag der Beerdigung;
7. Tod eines verwandten oder verschwägerten Familienmitglieds 2. oder 3. Grades des Personalmitglieds oder dessen Lebensgefährten, das nicht mit dem Personalmitglied unter einem Dach wohnt:
 - a) Dauer: 1 Arbeitstag,
 - b) Zeitpunkt: am Tag der Beerdigung;
8. Blut- und Plasmaspende des Personalmitglieds:
 - a) Dauer: 1 Arbeitstag mit einem Maximum von 4 Arbeitstagen pro Kalenderjahr,
 - b) Zeitpunkt: am Tag der Spende oder am darauf folgenden Tag; in den Monaten Juni, Juli, August und September wird kein Urlaub gewährt;
9. Knochenmarkspende des Personalmitglieds:
 - a) Dauer: 4 Arbeitstage,
 - b) Zeitpunkt: ab dem Tag der Spende;
10. Erstkommunion eines Kindes des Personalmitglieds, eines Kindes seines Ehepartners oder seines Lebensgefährten oder jede gleichgestellte religiöse oder laizistische Feier, an der das Kind teilnimmt:
 - a) Dauer: 1 Arbeitstag,
 - b) Zeitpunkt: am Tag des Ereignisses oder am darauf folgenden Tag;

11. Priesterweihe oder Eintritt in ein Kloster eines Kindes des Personalmitglieds, eines Kindes seines Ehepartners oder seines Lebensgefährten:

- a) Dauer: 1 Arbeitstag,
- b) Zeitpunkt: am Tag des Ereignisses oder am darauf folgenden Tag;

12. Erledigung nachfolgender ziviler Pflichten:

- a) Vorladung vor Gericht als Angeklagter, Kläger, oder Zeuge,
- b) Teilnahme an einer vom Friedensrichter einberufenen Sitzung des Familienrates,
- c) Mitglied einer Geschworenenjury:

die Länge des Urlaubs entspricht der nachweislich erforderlichen Dauer der Verpflichtung;

13. Erledigung bestimmter ziviler Pflichten als Vorsitzender oder Beisitzender in einem Wahlbüro:

- a) Dauer: 1 Arbeitstag,
- b) Zeitpunkt: am Tag nach den Wahlen.

Bei den in Absatz 1 Nr. 2 und 3 angeführten Gelegenheitsurlaube legt das Personalmitglied im Einvernehmen mit dem Direktor beziehungsweise Schulleiter die einzelnen Urlaubstage im Rahmen der vorgeschriebenen Zeitspanne fest.

Die Gelegenheitsurlaube gelten als besoldete Urlaube und werden dem aktiven Dienst gleichgestellt.

Für die Anwendung des vorliegenden Abschnitts wird der Begriff «Arbeitstage» dem Begriff «Schultage» gleichgestellt.

Abschnitt 3 — Außergewöhnlicher Urlaub wegen Fällen höherer Gewalt

Art. 24 - Der Schulträger gewährt den in Artikel 22 erwähnten Personalmitgliedern, die sich im aktiven Dienst befinden, einen außergewöhnlichen Urlaub wegen Fällen höherer Gewalt, wenn eine der nachfolgenden Personen, die mit dem Personalmitglied unter einem Dach wohnt, krank oder verunglückt ist: der Ehepartner, der Lebensgefährte, ein Verwandter, ein Verschwägerter, ein Verwandter des Lebensgefährten, eine zwecks Adoption oder Pflegschaft aufgenommene Person.

Mittels eines ärztlichen Attests belegt das Personalmitglied, dass seine Anwesenheit am Krankenbett erforderlich ist. Ein solches ärztliches Attest ist anlässlich jeder Anfrage eines außergewöhnlichen Urlaubs wegen Fällen höherer Gewalt einzureichen.

Die Dauer dieses Urlaubs darf 5 Arbeitstage pro Kalenderjahr nicht überschreiten. Sie kann ausnahmsweise auf 8 Arbeitstage pro Kalenderjahr erhöht werden, wenn das Kind des Personalmitglieds oder des Lebensgefährten, das noch nicht das Alter von 12 Jahren erreicht hat, krank oder verunglückt ist.

Ist das Personalmitglied, das in den Genuss des außergewöhnlichen Urlaubs gelangen möchte, verheiratet oder lebt es in einer eheähnlichen Lebensgemeinschaft, erbringt es mittels einer vom Arbeitgeber des Ehepartners oder des Lebensgefährten ausgestellten Bescheinigung den Beweis, dass sein Ehepartner oder Lebensgefährte, diesen Urlaub nicht anlässlich derselben Gelegenheit in Anspruch nimmt.

Der außergewöhnliche Urlaub wegen Fällen höherer Gewalt gilt als besoldeter Urlaub und wird dem aktiven Dienst gleichgestellt. Der Urlaub ist aufteilbar.

Für die Anwendung des vorliegenden Abschnitts wird der Begriff «Arbeitstage» dem Begriff «Schultage» gleichgestellt.»

Abschnitt 4 — Urlaub wegen Adoption oder Pflegschaft

Art. 25 - Der Schulträger gewährt den in Artikel 22 erwähnten Personalmitgliedern, die sich im aktiven Dienst befinden, auf ihren Antrag hin einen Urlaub wegen Adoption oder Pflegschaft eines Kindes, das noch nicht das 10. Lebensjahr erreicht hat.

Die maximale Dauer dieses Urlaubs beträgt 6 Wochen, wenn das Kind jünger als 3 Jahre ist. Ist es älter als 3 Jahre, beläuft sich die maximale Dauer auf 4 Wochen. Die maximale Dauer wird verdoppelt, wenn das aufgenommene Kind behindert ist und den Anforderungen genügt, um in Anwendung von Artikel 47 der koordinierten Gesetze vom 19. Dezember 1939 bezüglich der Familienzulagen von Arbeitnehmern oder von Artikel 26 des Königlichen Erlasses vom 8. April 1976 bezüglich der Familienbeihilfen für Selbständige in den Genuss von Familienzulagen zu gelangen.

Wenn das Personalmitglied verheiratet ist und entweder beide Ehepartner in einer Unterrichtseinrichtung oder einem Psycho-medizinisch-sozialen Zentrum, das von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisiert oder subventioniert wird, tätig sind oder ein Ehepartner im von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtswesen tätig ist und der andere Ehepartner in einem von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Psycho-medizinisch-sozialen Zentrum tätig ist, kann der Urlaub auf Anfrage der Adoptierenden auf beide verteilt werden. Wenn nur einer der Ehepartner adoptiert, kann nur er in den Genuss des Urlaubs gelangen.

Der Urlaub ist besoldet und wird dem aktiven Dienst gleichgestellt. Er wird nicht für die Berechnung der Zeitspanne des Praktikums in Betracht gezogen.

Für die Anwendung des vorliegenden Kapitels wird die Pflegschaft der Adoption gleichgestellt.

Art. 26 - Der Urlaub beginnt am Tag der Aufnahme des Kindes in den Haushalt. Eine von der Gemeindeverwaltung ausgestellte Wohnsitzbescheinigung gilt als entsprechender Beweis.

In Abweichung vom vorhergehenden Absatz beginnt der Urlaub an dem Tag, an dem das Personalmitglied ins Ausland reist, unter der Bedingung, dass die Adoption zum Zeitpunkt der Rückkehr nach Belgien stattgefunden hat. Sollte sich im Anschluss an die Rückkehr herausstellen, dass keine Adoption stattgefunden hat, wird der Urlaub bei einem definitiv ernannten oder eingestellten Personalmitglied oder einem Praktikanten in eine Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen umgewandelt. Die Zurdispositionstellung endet spätestens zu dem Zeitpunkt, an dem der ursprünglich gewährte Urlaub zwecks Adoption oder Pflegschaft geendet hätte.

Bei einem zeitweilig bezeichneten oder eingestellten Personalmitglied führt das Nichtstattfinden der Adoption zu einer Aussetzung der Bezeichnung für den entsprechenden Zeitraum. Wird das Personalmitglied während des Urlaubs zum Praktikum zugelassen oder definitiv ernannt, wird das Praktikum bzw. die Ernennung aufrecht erhalten und das Personalmitglied den Bestimmungen des vorhergehenden Absatzes unterworfen.

Abschnitt 5 — Mutterschaftsurlaub

Art. 27 - Das in Artikel 22 erwähnte weibliche Personalmitglied, das sich im aktiven Dienst befindet, hat Anrecht auf Mutterschaftsurlaub gemäß Artikel 39 des Gesetzes vom 16. März 1971 über die Arbeit.

Der Schulträger ist auf Antrag des betroffenen Personalmitglieds dazu verpflichtet, ihm frühestens ab der sechsten Woche vor dem voraussichtlichen Datum der Entbindung beziehungsweise ab der achten Woche, wenn eine Mehrlingsgeburt vorgesehen ist, Urlaub zu gewähren.

Spätestens sieben Wochen vor dem voraussichtlichen Datum der Entbindung beziehungsweise neun Wochen, wenn eine Mehrlingsgeburt vorgesehen ist, händigt das Personalmitglied dem Schulträger ein ärztliches Attest aus, das dieses Datum Bestätigt.

Wenn die Entbindung erst nach dem vom Arzt vorgesehenen Datum stattfindet, wird der in Absatz 1 vorgesehene pränatale Urlaub bis zum tatsächlichen Datum der Entbindung verlängert.

Das Personalmitglied darf ab dem siebten Tag vor dem voraussichtlichen Datum der Entbindung bis nach Ablauf einer neunwöchigen Periode ab dem Tag der Entbindung keine Arbeit verrichten.

Die Arbeitsunterbrechung wird auf Antrag des Personalmitglieds über die neunte Woche hinaus verlängert, und zwar um einen Zeitraum, dessen Dauer dem Zeitraum entspricht, während dessen das Personalmitglied ab der sechsten Woche vor dem effektiven Datum der Entbindung beziehungsweise ab der achten Woche vor dem Datum der effektiven Entbindung, wenn eine Mehrlingsgeburt vorgesehen ist, weiter gearbeitet hat. Im Falle einer Frühgeburt wird dieser Zeitraum um jene Anzahl Tage verringert, während deren das Personalmitglied in den sieben Tagen vor der Entbindung gearbeitet hat.

Im Falle einer Mehrlingsgeburt wird auf Anfrage des Personalmitglieds und gemäß den Bestimmungen des vorhergehenden Absatzes der neunwöchige Zeitraum der Arbeitsunterbrechung nach der Entbindung um einen Zeitraum von maximal zwei weiteren Wochen verlängert.

Wenn das Neugeborene länger als sieben Tage ab der Geburt im Krankenhaus verbleiben muss, kann das Personalmitglied auf seinen Antrag hin nach Inanspruchnahme des postnatalen Mutterschaftsurlaubs eine Verlängerung der Arbeitsunterbrechung um jene Anzahl Tage beantragen, die das Neugeborene ab dem 7. Tag nach der Geburt im Krankenhaus verweilen muss. Der Mutterschaftsurlaub darf maximal um 24 Wochen verlängert werden.

Das Personalmitglied, das von dieser Möglichkeit Gebrauch machen möchte, übergibt dem Schulträger:

1. bei Wiederaufnahme der Arbeit eine Bescheinigung der Krankenhauseinrichtung, aus der hervorgeht, dass das Neugeborene länger als sieben Tage ab seiner Geburt im Krankenhaus verbleiben musste, und auf der die Dauer des Krankenhausaufenthalts vermerkt ist;

2. gegebenenfalls nach Ablauf des durch die erste Bescheinigung abgedeckten Zeitraums eine neue Bescheinigung der Krankenhauseinrichtung, aus der hervorgeht, dass das Neugeborene das Krankenhaus noch immer nicht verlassen hat, und auf der die Dauer des Krankenhausaufenthalts vermerkt ist.

Der Mutterschaftsurlaub wird einer Periode aktiven Dienstes gleichgestellt. Er wird nicht für die Berechnung der Zeitspanne des Praktikums in Betracht gezogen.

Das betroffene Personalmitglied, das sich im Mutterschaftsurlaub befindet, hat Anrecht auf Besoldung während höchstens fünfzehn Wochen beziehungsweise neunzehn Wochen im Falle einer vorgesehenen Mehrlingsgeburt.

In Abweichung zum vorhergehenden Absatz werden zeitweilig bezeichnete oder eingestellte Personalmitglieder während der Dauer des Mutterschaftsurlaubs nicht besoldet.

Art. 28 - Eventuelle Abwesenheitstage wegen Krankheit oder Gebrechen, die das Personalmitglied in Anspruch nimmt in den sechs bzw. im Falle einer Mehrlingsgeburt acht Wochen vor dem siebten Tag, der dem effektiven Datum der Entbindung vorangeht, werden nur dann in Mutterschaftsurlaub umgewandelt, wenn das Personalmitglied im Anschluss an diese Abwesenheitstage seinen Dienst nicht wieder aufnimmt bis zum Beginn des eigentlichen Mutterschaftsurlaubs.

Art. 29 - Das Personalmitglied wird vom Dienst befreit, wenn es sich vor der Geburt medizinischen Untersuchungen unterziehen muss, die nicht außerhalb der Arbeitszeit stattfinden können. Ein entsprechendes ärztliches Attest ist als Beleg einzureichen. Diese Dienstbefreiung wird bezahlt und einer Periode aktiven Dienstes gleichgestellt.

Art. 30 - Im Falle einer Fehlgeburt vor dem 181. Tag der Schwangerschaft hat das Personalmitglied kein Anrecht auf den in Artikel 27 beschriebenen Mutterschaftsurlaub.

Art. 31 - § 1 - Wenn die Mutter des Kindes in dem Zeitraum zwischen der Entbindung und dem Ende des Mutterschaftsurlaubs stirbt oder ins Krankenhaus eingewiesen wird, wird dem Vater des Kindes, der in den Anwendungsbereich von Artikel 22 des vorliegenden Dekrets fällt, auf seinen Antrag hin ein Vaterschaftsurlaub gewährt, um die Betreuung des Kindes zu gewährleisten.

§ 2 - Wenn die Mutter stirbt, entspricht die maximale Dauer des in § 1 erwähnten Vaterschaftsurlaubs der Dauer des bis dato noch nicht von der Mutter ausgeschöpften Mutterschaftsurlaubs. Der Vater, der in den Genuss des Vaterschaftsurlaubs kommen möchte, informiert seinen Schulträger auf schriftlichem Wege innerhalb von sieben Tagen nach dem Ableben der Mutter. In dem Schreiben sind das Anfangsdatum sowie die voraussichtliche Dauer des Vaterschaftsurlaubs vermerkt. Des Weiteren reicht er innerhalb kürzester Frist einen Auszug aus der Sterbeurkunde der Mutter ein.

§ 3 - Wird die Mutter ins Krankenhaus eingewiesen, kann der Vater den in § 1 erwähnten Vaterschaftsurlaub unter der Bedingung in Anspruch nehmen, dass das Neugeborene das Krankenhaus bereits verlassen hat und dass der Krankenhausaufenthalt der Mutter länger als sieben Tage andauert.

Der Vaterschaftsurlaub beginnt frühestens am siebten Tag nach der Geburt des Kindes. Er endet zu dem Zeitpunkt, an dem die Mutter das Krankenhaus verlässt, spätestens jedoch nach Ablauf des bis dato noch nicht von der Mutter ausgeschöpften Mutterschaftsurlaubs.

Der Vater, der in den Genuss des Vaterschaftsurlaubs kommen möchte, informiert seinen Schulträger auf schriftlichem Wege innerhalb von sieben Tagen, nachdem die Mutter ins Krankenhaus eingewiesen wurde. In dem Schreiben sind das Anfangsdatum sowie die voraussichtliche Dauer des Vaterschaftsurlaubs vermerkt. Des Weiteren reicht er ein Attest ein, das zum einen bescheinigt, dass die Dauer des Krankenhausaufenthalts der Mutter über den siebten Tag nach der Geburt des Kindes hinausgeht, und auf der zum anderen das Datum vermerkt ist, an dem das Neugeborene das Krankenhaus verlassen hat.

§ 4 - Der Vaterschaftsurlaub wird besoldet und einer Periode aktiven Dienstes gleichgestellt.

In Abweichung zum vorhergehenden Absatz werden zeitweilig bezeichnete oder eingestellte Personalmitglieder während der Dauer des Vaterschaftsurlaubs nicht besoldet.

Art. 32 - Die im vorliegendem Abschnitt vorgesehenen Bestimmungen stehen in Einklang mit der Richtlinie 92/85/EWG des Rates der Europäischen Gemeinschaft vom 19. Oktober 1992 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes von schwangeren Arbeitnehmerinnen, Wöchnerinnen und stillenden Arbeitnehmerinnen am Arbeitsplatz.

Abschnitt 6 — Elternurlaub

Art. 33 - Der Schulträger gewährt dem in Artikel 22 erwähnten Personalmitglied, das sich im aktiven Dienst befindet, auf dessen Antrag hin bis zum 18. Lebensjahr des Kindes, dessen Vater oder Mutter beziehungsweise Adoptivvater oder Adoptivmutter es ist, einen Elternurlaub.

Die Dauer des Elternurlaubs beläuft sich auf insgesamt drei Monate. Der Urlaub ist aufteilbar. Er wird jeweils in ganzen Monaten gewährt und mit ganzen Tagen genommen.

Das Personalmitglied, das einen Elternurlaub in Anspruch nehmen möchte, reicht durch Vermittlung des Schulleiters beziehungsweise Direktors spätestens 30 Tage vor Beginn des Urlaubs beim Schulträger einen schriftlichen Antrag ein, in dem es das Anfang- und Enddatum des Elternschaftsurlaubs anführt.

In Abweichung vom vorhergehenden Absatz kann der Schulträger den Elternurlaub selbst dann genehmigen, wenn er nach Ablauf der im vorhergehenden Absatz vorgesehenen Frist beantragt wurde, insofern dies die reibungslose Funktionsweise des Dienstes nicht beeinträchtigt.

Der Elternurlaub wird nicht bezahlt, jedoch einer Periode aktiven Dienstes gleichgestellt. Er wird nicht für die Berechnung der Zeitspanne des Praktikums berücksichtigt.

Art. 34 - Die in vorliegendem Abschnitt vorgesehenen Bestimmungen stehen in Einklang mit der Richtlinie 96/34/EG des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 3. Juni 1996 zu der von UNICEF, CEEP und EGB geschlossenen Rahmenvereinbarung über Elternurlaub.

KAPITEL XX — Übergangsbestimmung

Art. 35 - In Abweichung von Artikel 8 § 1 Absatz 4, Artikel 10 § 1 Absatz 5 und Artikel 10bis § 3 des Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 über die Planstellen, Gehälter, Gehaltssubventionen und die Urlaube wegen verkürzter Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den PMS-Zentren wird der Antrag für den 1. September 2005 spätestens am 15. Juli 2005 durch Vermittlung des Direktors beziehungsweise des Schulleiters bei der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingereicht.

KAPITEL XXI — Aufhebungsbestimmungen

Art. 36 - Werden aufgehoben:

1. Artikel 4, Artikel 4bis, Artikel 5 und Artikel 8bis des Königlichen Erlasses vom 8. Dezember 1967 ergangen in Anwendung von Artikel 3 des Königlichen Erlasses vom 28. Februar 1967 zur Festlegung der Dienststellungen des Verwaltungs-, Unterhalts-, Fach- und Dienstleistungspersonals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst und Normalunterricht;

2. Artikel 5 des Königlichen Erlasses vom 29. Mai 1972 über die Tage bezahlten Krankheits- und Mutterschaftsurlaub der zeitweilig angestellten Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals und des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht;

3. Artikel 5, Artikel 5bis, Artikel 6 und Artikel 13bis des Königlichen Erlasses vom 15. Januar 1974 ergangen in Anwendung von Artikel 160 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalunterricht, des Personals der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate und der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes;

4. der Königliche Erlass vom 13. Oktober 1978 bezüglich des Aufnahmeurlaubs wegen Adoption oder Pflegschaft zugunsten der subventionierten Personalmitglieder des subventionierten Unterrichtswesens;

5. der Königliche Erlass vom 28. November 1978 bezüglich der außergewöhnlichen Urlaube wegen Fällen höherer Gewalt zugunsten der subventionierten Personalmitglieder;

6. der Königliche Erlass vom 14. Januar 1979 bezüglich der Gelegenheitsurlaube zugunsten bestimmter zeitweiliger Personalmitglieder der staatlichen Unterrichtseinrichtungen;

7. der Königliche Erlass vom 27. Februar 1979 bezüglich der außergewöhnlichen Urlaube wegen Fällen höherer Gewalt zugunsten der Personalmitglieder der subventionierten Psycho-medizinisch-sozialen Zentren und Schul- und Berufsberatungseinrichtungen;

8. Artikel 4, Artikel 5, Artikel 6, Artikel 8 und Artikel 13 des Königlichen Erlasses vom 19. Mai 1981 bezüglich der Ferien und Urlaube zugunsten der Praktikanten oder definitiv ernannten Mitglieder des technischen Personals der staatlichen PMS-Zentren, der staatlichen Ausbildungszentren und der Inspektionsdienste;

9. der Königliche Erlass vom 14. Oktober 1985 bezüglich des Aufnahmeurlaubs wegen Adoption oder Pflegschaft, den die subventionierten Personalmitglieder der subventionierten Psycho-medizinisch-sozialen Zentren und Schul- und Berufsberatungseinrichtungen erhalten;

10. der Königliche Erlass vom 12. November 1986 bezüglich des Aufnahmeurlaubs wegen Adoption oder Pflegschaft zugunsten bestimmter zeitweiliger Personalmitglieder der staatlichen Unterrichtseinrichtungen;

11. Artikel 2 - 4 des Erlasses der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 13. März 1991 über den Elternurlaub und den Urlaub aus zwingenden familiären Gründen zugunsten bestimmter zeitweiliger Personalmitglieder der Lehranstalten der Gemeinschaft;

12. der Erlass der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 13. März 1991 über den Elternurlaub und den Urlaub aus zwingenden familiären Gründen zugunsten bestimmter definitiv ernannter Personalmitglieder und Praktikanten der Lehranstalten der Gemeinschaft;

13. Artikel 3 - 7 des Erlasses der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 5. Juni 1991 über den Elternurlaub und den Urlaub aus zwingenden familiären Gründen zugunsten bestimmter Personalmitglieder der von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten PMS-Zentren;

14. der Erlass der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 20. Januar 1993 über den Gelegenheitsurlaub, der den definitiv ernannten und zeitweilig angestellten Personalmitgliedern des von der Deutschsprachigen Gemeinschaft subventionierten Unterrichtswesens gewährt wird;

15. Artikel 2 - 4 des Erlasses der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 24. März 1993 über den Elternurlaub und den Urlaub aus zwingenden familienbedingten Gründen zugunsten bestimmter definitiv ernannter Personalmitglieder der subventionierten Unterrichtseinrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

16. Artikel 2 - 4 des Erlasses der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 24. März 1993 über den Elternurlaub und den Urlaub aus zwingenden familienbedingten Gründen zugunsten bestimmter zeitweilig bezeichneter Personalmitglieder der subventionierten Unterrichtseinrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

17. der Erlass der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 29. April 1993 über den Aufnahmeurlaub, den gewisse zeitweilige Personalmitglieder der subventionierten Unterrichtseinrichtungen im Hinblick auf eine Adoption oder Pflegschaft erhalten;

18. Artikel 3 - 6 des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 1. September 1993 über den Elternurlaub und den Urlaub aus zwingenden familienbedingten Gründen zugunsten subventionierter Personalmitglieder der subventionierten PMS-Zentren der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

19. Artikel 2 - des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 23. November 1994 über den Elternurlaub und den Urlaub aus zwingenden familiären Gründen zugunsten der Personalmitglieder, für die die Bestimmungen des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer für Religion, Lehrer und Inspektoren für katholische und protestantische Religion in den staatlichen Einrichtungen für Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht anwendbar sind;

20. Artikel 71 des Dekretes vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten Psycho-medizinisch-sozialen Zentrums;

21. Artikel 33 und Artikel 35 Buchstabe e) des Erlasses der Regierung vom 9. November 2000 zur Abänderung und Ergänzung des Königlichen Erlasses vom 27. Juni 1974 zur Festlegung der Dienstpostentabellen, die ab dem 1. April 1972 für die Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals und des paramedizinischen Personals der staatlichen Unterrichtseinrichtungen, für die Personalmitglieder des mit der Inspektion dieser Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes und für die Personalmitglieder des Inspektionsdienstes der Fernkurse und des subventionierten Primarschulwesens gelten, und zur Festlegung der Besoldungsgruppen für das Personal der staatlichen psycho-medizinisch-sozialen Zentren.

KAPITEL XXII — *In-Kraft-Treten*

Art. 37 - Vorliegendes Dekret tritt am 1. September 2005 in Kraft mit Ausnahme:

1. des Artikels 1 Nr. 1 und 2, der Artikel 2 und 3, des Artikels 12 Nr. 1 und 2 sowie Artikel 36 Nr. 21, die mit Wirkung vom 1. September 2004 in Kraft treten,

2. des Artikels 18, der mit Wirkung vom 1. Februar 2005 in Kraft tritt,

3. der Artikel 4, 8, 9, 10, 11, 14 sowie 35, die am Tage der Verabschiedung des vorliegenden

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das Belgische Staatsblatt veröffentlicht wird.

Eupen, den 6. Juni 2005

K.-H. LAMBERTZ

Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Minister für lokale Behörden

B. GENTGES

Vize-Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Minister für Ausbildung und Beschäftigung Soziales und Tourismus

O. PAASCH

Minister für Unterricht und wissenschaftliche Forschung

Frau I. WEYKMANS

Ministerin für Kultur und Medien, Denkmalschutz, Jugend und Sport

Fußnoten

(1) *Sitzungsperiode 2004-2005*

Dokumente des Parlamentes:

36 (2004-2005) Nr. 1 Dekretentwurf

36 (2005-2005) Nrn. 2-4 Abänderungsvorschläge

36 (2004-2005) Nr. 5 Bericht

36 (2004-2005) Nr. 6 Abänderungsvorschlag zu dem vom Ausschuss angenommenen Text

Ausführlicher Bericht: Diskussion und Abstimmung - Sitzung vom 6. Juni 2005

TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2005 — 2295

[C — 2005/33073]

6 JUIN 2005. — Décret portant des mesures en matière d'enseignement 2005 (1)

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1^{er}. — *Modification de l'arrêté royal du 15 avril 1958 portant statut pécuniaire du personnel enseignant, scientifique et assimilé du Ministère de l'Instruction publique*

Article 1^{er}. L'article 16 de l'arrêté royal du 15 avril 1958 portant statut pécuniaire du personnel enseignant, scientifique et assimilé du Ministère de l'Instruction publique est modifié comme suit :

1° La phrase liminaire de l'article 16, § 1, A, a) est remplacée par le libellé suivant :

« Les services effectifs qu'un agent a prestés en tant que titulaire d'une fonction rémunérée : »

2° Entre l'article 16, § 1, A, a) et l'article 16, § 1, A, b), il est inséré un alinéa libellé comme suit :

« Les services prestés à temps partiel dans une fonction sont pris en considération proportionnellement à un temps plein dans cette fonction. »

3° L'article 16, § 1, A, m), 2°, est remplacé par le libellé suivant :

« 2° dans un autre service public que les services de l'Etat ou les services d'Afrique, que ce soit en tant que titulaire d'une fonction civile ou religieuse rémunérée ou en tant que soldat professionnel. »

4° Entre l'article 16, § 1, A, m), et l'article 16, § 1, A, n), il est inséré un alinéa libellé comme suit :

« Les services prestés à temps partiel dans une fonction sont pris en considération proportionnellement à un temps plein dans cette fonction. »

CHAPITRE II. — *Modification de l'arrêté royal du 2 octobre 1968 déterminant et classant les fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat et les fonctions des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements*

Art. 2. A l'article 8, a), de l'arrêté royal du 2 octobre 1968 déterminant et classant les fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat et les fonctions des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, il est inséré un point 4bis, libellé comme suit :

« 4bis. Ergothérapeute; »

CHAPITRE III. — *Modification de l'arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les titres requis des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat et des internats dépendant de ces établissements*

Art. 3. A l'article 15 de l'arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les titres requis des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat et des internats dépendant de ces établissements, il est inséré un point 5, libellé comme suit :

« 5. ergothérapeute : graduat en ergothérapie délivré conformément à l'arrêté royal du 16 avril 1965 portant création du diplôme de gradué en kinésithérapie et du diplôme de gradué en ergothérapie et fixation des conditions de collation de ces diplômes. »

CHAPITRE IV. — *Modification de l'arrêté royal du 15 janvier 1974 pris en application de l'article 160 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements*

Art. 4. L'article 1^{er} de l'arrêté royal du 15 janvier 1974 pris en application de l'article 160 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, remplacé par l'arrêté de l'Exécutif du 1^{er} septembre 1993, est modifié comme suit :

1° Le point 1 est remplacé par le libellé suivant :

« 1. Les membres du personnel directeur et enseignant à l'exclusion des chefs d'établissements, des proviseurs, des sous-directeurs, des instituteurs en chef et des chefs d'atelier, bénéficient d'un congé de vacances annuelles fixé comme suit :

a) vacances de Noël : 2 semaines et les 24, 25 et 26 décembre lorsque ces jours ne sont pas englobés dans les deux semaines de vacances de Noël;

b) vacances de Pâques : deux semaines;

c) vacances d'été : du 1^{er} juillet au 31 août; le pouvoir organisateur a toutefois le droit de faire appel au membre du personnel les cinq derniers jours ouvrables du mois d'août afin de faire passer des examens, de prendre des décisions relatives au passage ou de tenir des réunions en vue de la préparation de la prochaine année scolaire; »

2° Le point 4 est remplacé par le libellé suivant :

« 4. Les chefs d'atelier et les membres du personnel auxiliaire d'éducation bénéficient d'un congé de vacances annuelles fixé comme suit :

a) vacances de Noël : 2 semaines et les 24, 25 et 26 décembre lorsque ces jours ne sont pas englobés dans les deux semaines de vacances de Noël;

b) vacances de Pâques : deux semaines;

c) vacances d'été :

— les chefs d'atelier, les administrateurs, les éducateurs-économistes et les secrétaires de direction bénéficient du congé de vacances d'été repris au point 1, c) moins dix jours ouvrables à répartir début juillet et/ou fin août en accord avec le chef d'établissement;

— les membres du personnel auxiliaire d'éducation autres que ceux repris ci-dessus bénéficient du congé de vacances d'été repris au point 1, c) moins cinq jours ouvrables à répartir début juillet et/ou fin août en accord avec le chef d'établissement. »

CHAPITRE V. — *Modification de l'arrêté royal du 27 juin 1974 fixant au 1^{er} avril 1972 les échelles des fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation et du personnel paramédical des établissements d'enseignement de l'Etat, des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection de l'enseignement par correspondance et de l'enseignement primaire subventionné et les échelles des grades du personnel des centres psycho-médico-sociaux de l'Etat*

Art. 5. § 1^{er}. Au 31 août 2000, il est ajouté à l'article 2, chapitre H, de l'arrêté royal du 27 juin 1974 fixant au 1^{er} avril 1972 les échelles des fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation et du personnel paramédical des établissements d'enseignement de l'Etat, des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection de l'enseignement par correspondance et de l'enseignement primaire subventionné et les échelles des grades du personnel des centres psycho-médico-sociaux de l'Etat, un point libellé comme suit :

« Ergothérapeute 315 »

A partir du 1^{er} septembre 2005, le libellé de la rubrique « personnel paramédical » de l'article 2, chapitre H, de l'arrêté royal du 27 juin 1974 précité, est remplacé comme suit :

« Puériculteur/puéricultrice 015

Infirmier/infirmière 216

Logopède 216

Kinésithérapeute 216

Ergothérapeute 216 »

§ 2. Entre le 1^{er} septembre 2004 et le 31 août 2005, les membres du personnel mentionnés à l'article 2, chapitre H, de l'arrêté royal du 27 juin 1974 précité, reçoivent une augmentation de traitement qui représente 90 % de la différence entre l'échelle applicable au 31 août 2000 et celle introduite par le deuxième alinéa du présent article.

CHAPITRE VI. — *Modification de l'arrêté royal du 27 juillet 1976 réglementant la mise en disponibilité par défaut d'emploi, la réaffectation et l'octroi d'une subvention-traitement d'attente dans l'enseignement subventionné*

Art. 6. Les modifications suivantes sont apportées à l'arrêté royal du 27 juillet 1976 réglementant la mise en disponibilité par défaut d'emploi, la réaffectation et l'octroi d'une subvention-traitement d'attente dans l'enseignement subventionné :

1° A l'article 3, il est inséré un § 6, libellé comme suit :

« § 6. Un membre du personnel mis en disponibilité par défaut d'emploi peut demander la suspension temporaire du paiement de la subvention-traitement d'attente relative à la mise en disponibilité. La suspension ne doit pas nécessairement être complète.

La demande écrite relative à la suspension est transmise au pouvoir organisateur, qui la notifie pour agrément au Gouvernement dans le cadre de la notification prévue au § 4.

Pendant la durée de la suspension, le membre du personnel n'est plus soumis aux obligations de la réaffectation et de la remise au travail, à l'exception de la réaffectation dans un emploi définitivement vacant conformément à l'article 1^{er}, § 3, auprès de son pouvoir organisateur pour la même fonction conformément à l'article 1^{er}, § 2. Le pouvoir organisateur est dans ce cas obligé de proposer cet emploi conformément à l'article 5, § 1^{er}, 2°.

La suspension est agréée par le Gouvernement en même temps que la mise en disponibilité et vaut du moment de l'agrément à la fin de l'année scolaire. Un renouvellement les années scolaires suivantes est à chaque fois possible en suivant la procédure prévue aux alinéas précédents. »

2° A l'article 5, § 1^{er}, il est inséré un point 9°, libellé comme suit :

« 9° doit remettre au travail, conformément à l'ordre fixé aux points 2° à 7°, un membre du personnel qui n'a pu être réaffecté conformément aux points 2° à 7°.

Contrairement à la réaffectation, la remise au travail s'effectue dans la même fonction conformément à l'article 1^{er}, § 2, 2°, ladite fonction ne devant toutefois pas remplir les conditions suivantes :

a) être une fonction appartenant à la même classe; les différentes classes sont les fonctions de promotion, de sélection et de recrutement;

b) être une fonction appartenant au même niveau d'enseignement; les différents niveaux sont l'enseignement maternel, l'enseignement primaire, l'enseignement secondaire inférieur, l'enseignement secondaire supérieur et l'enseignement supérieur;

c) être une fonction rémunérée de la même manière, même si le nombre d'heures est différent.

Une remise au travail conformément aux alinéas précédents ne peut avoir pour conséquence qu'un membre du personnel en disponibilité dans une fonction de recrutement soit remis au travail dans une fonction de sélection ou de promotion, ceci valant également pour une remise au travail dans une fonction de promotion d'un titulaire d'une fonction de sélection. »

3° L'article 5, § 4, est remplacé par le libellé suivant :

« § 4. Sans préjudice du § 1^{er}, points 2°, 3°, 7° et 9°, le pouvoir organisateur s'adresse à la commission de réaffectation mentionnée à l'article 8, qui propose au Gouvernement un membre du personnel sur une des listes prévues à l'article 4, § 1^{er}. Le Gouvernement peut ordonner au pouvoir organisateur de réaffecter ou de remettre au travail le membre du personnel proposé.

Une réaffectation ou une remise au travail dans l'enseignement officiel subventionné d'un membre du personnel mis en disponibilité dans l'enseignement libre subventionné et vice-versa est exclue. »

4° A l'article 7, § 1^{er}, alinéa 2, il est ajouté un troisième tiret, libellé comme suit :

« - un emploi dans une fonction, comme prévu à l'article 5, § 1^{er}, 9°, et ce dans le cadre des limitations mentionnées au point 2°. »

5° A l'article 7, § 2, il est ajouté un deuxième alinéa, libellé comme suit :

« Une remise au travail au sens de l'article 5, § 1^{er}, 9°, est également obligatoire dans l'attente d'une réaffectation. Les limitations mentionnées à l'alinéa précédent sont d'application. »

6° L'article 8, § 1^{er}, est remplacé par le libellé suivant :

« § 1^{er}. Le Gouvernement crée une commission de réaffectation pour l'enseignement fondamental et une pour l'enseignement secondaire et supérieur.

Chaque commission se compose :

1° d'un représentant des pouvoirs organisateurs de l'enseignement libre subventionné, d'un représentant des pouvoirs organisateurs de l'enseignement officiel subventionné et de deux représentants des membres du personnel. Pour chaque catégorie, il y a autant de suppléants que de membres effectifs;

2° d'un président et d'un vice-président;

3° d'un secrétaire et d'un secrétaire adjoint.

Les membres effectifs et suppléants sont désignés par le Gouvernement sur proposition des pouvoirs organisateurs et des organisations représentatives des travailleurs dans l'enseignement libre subventionné et dans l'enseignement officiel subventionné.

Le président et le vice-président, le secrétaire et le secrétaire adjoint sont désignés par le Gouvernement parmi les agents statutaires ou contractuels du Ministère de la Communauté germanophone.

Un membre effectif qui ne peut participer à une réunion est représenté par son suppléant. Une décision de la commission est prise à la majorité simple des membres présents. En cas de parité des voix, celle du président est prépondérante. »

7° A l'article 8, § 2, il est ajouté un deuxième alinéa, libellé comme suit :

« Les commissions assurent en plus la mission mentionnée à l'article 5, § 4. »

CHAPITRE VII. — *Modification de l'arrêté royal du 19 mai 1981 relatif aux vacances et aux congés des membres stagiaires ou nommés à titre définitif du personnel technique des centres psycho-médico-sociaux de l'Etat, des centres de formation de l'Etat et des services d'inspection*

Art. 7. L'article 1^{er}, a), de l'arrêté royal du 19 mai 1981 relatif aux vacances et aux congés des membres stagiaires ou nommés à titre définitif du personnel technique des centres psycho-médico-sociaux de l'Etat, des centres de formation de l'Etat et des services d'inspection est remplacé par le libellé suivant :

« a) vacances de Noël : 2 semaines et les 24, 25 et 26 décembre lorsque ces jours ne sont pas englobés dans les deux semaines de vacances de Noël; »

CHAPITRE VIII. — *Modification de l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux*

Art. 8. L'article 8 de l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, remplacé par le décret du 25 juin 1996 et modifié par les décrets des 29 juin 1998 et 23 octobre 2000, est modifié comme suit :

1° Les alinéas 1^{er} et 2 du § 1^{er} sont remplacés par les alinéas suivants :

« Les membres du personnel mentionnés à l'article 7, en activité de service ou en disponibilité pour raisons de santé et titulaires d'une fonction de recrutement, de sélection ou de promotion, peuvent être mis en disponibilité pour convenance personnelle précédant la mise à la retraite lorsqu'ils remplissent les conditions suivantes :

1° ils auront au moins 58 ans au plus tard le 31 décembre de l'année en question;

2° ils comptent au moins 20 années de service;

3° ils ne perçoivent pas de pension de retraite à charge du trésor public au moment de la mise en disponibilité.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, 1°, les membres du personnel mentionnés à l'article 7, en activité de service ou en disponibilité pour raisons de santé et titulaires d'une fonction de recrutement, de sélection ou de promotion, peuvent être mis en disponibilité pour convenance personnelle précédant la mise à la retraite s'ils ont au moins 55 ans au plus tard le 31 décembre 2005.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, 1°, les membres du personnel mentionnés à l'article 7, en activité de service ou en disponibilité pour raisons de santé et titulaires d'une fonction de recrutement, de sélection ou de promotion, peuvent être mis en disponibilité pour convenance personnelle précédant la mise à la retraite s'ils ont au moins 55 ans entre le 1^{er} janvier 2006 et le 31 décembre 2008.

La mise en disponibilité intervient exclusivement au 1^{er} septembre. Une demande allant dans ce sens doit être introduite pour le 1^{er} juin au plus tard auprès du Gouvernement de la Communauté germanophone par l'intermédiaire du directeur ou du chef d'établissement.

2° Le § 2 est complété par trois alinéas, libellés comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 3, toute la durée des interruptions complètes de carrière est prise en considération lors du calcul du traitement d'attente en ce qui concerne tous les membres du personnel qui, avant le 1^{er} janvier 2004, ont été mis en disponibilité pour convenance personnelle précédant la mise à la retraite.

Par dérogation à l'alinéa 3, sont considérées comme années de service pour les membres du personnel mentionnés au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les années de service comme membres du personnel dans l'enseignement, où ils sont en activité de service ou mis en disponibilité et ont perçu soit un traitement ou une subvention-traitement soit un traitement d'attente ou une subvention-traitement d'attente. Sont également considérés comme années de service les périodes de congé non rémunéré pour maladie ou infirmité ou de congé de maternité non rémunéré, le congé parental, les interruptions de carrière visées à l'article 3 de l'arrêté du Gouvernement du 9 novembre 1994 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux pour la période où un enfant du membre du personnel, en raison de son âge, n'est pas encore admis en section maternelle, ainsi que les formes spéciales d'interruption de carrière mentionnées aux articles 4*bis*, 4*ter* et 4*quater* du même arrêté; le service militaire est également pris en compte. Les services à temps partiel dans une fonction sont pris en considération au prorata d'un temps plein dans cette fonction.

Par dérogation à l'alinéa 3, la règle mentionnée à l'avant dernier alinéa s'applique, en ce qui concerne les années de service, aux membres du personnel mentionnés au § 1^{er}, alinéa 3. Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, le traitement d'attente de ces membres du personnel ne peut en aucun cas représenter plus de 40 % du dernier traitement d'activité ou de la dernière subvention-traitement d'activité. »

Art. 9. L'article 10 du même arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984, remplacé par le décret du 25 juin 1996 et modifié par les décrets des 29 juin 1998 et 23 octobre 2000, est modifié comme suit :

1° Le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, est remplacé par les alinéas suivants :

« Les membres du personnel mentionnés à l'article 7, en activité de service ou en disponibilité pour raisons de santé et titulaires d'une fonction de recrutement ou de sélection, peuvent être mis partiellement en disponibilité pour convenance personnelle précédant la mise à la retraite lorsqu'ils remplissent les conditions suivantes :

- 1° ils auront au moins 58 ans au plus tard le 31 décembre de l'année en question;
- 2° ils comptent au moins 20 années de service;
- 3° ils ne perçoivent pas de pension de retraite à charge du trésor public au moment de la mise en disponibilité.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, 1°, les membres du personnel mentionnés à l'article 7, en activité de service ou en disponibilité pour raisons de santé et titulaires d'une fonction de recrutement ou de sélection, peuvent être mis en disponibilité pour convenance personnelle précédant la mise à la retraite s'ils ont au moins 55 ans au plus tard le 31 août 2005. »

2° Le § 1^{er}, alinéa 4, qui devient l'alinéa 5, est remplacé par le libellé suivant :

« La mise en disponibilité intervient exclusivement au 1^{er} septembre. Une demande allant dans ce sens est introduite au plus tard le 1^{er} juin auprès du Gouvernement de la Communauté germanophone par l'intermédiaire du directeur ou du chef d'établissement. »

Art. 10. Entre l'article 10 et l'article 10*bis*, lequel devient l'article 10*ter*, il est inséré un article 10*bis*, libellé comme suit :

« Article 10*bis*. § 1^{er}. Les membres du personnel mentionnés à l'article 7, en activité de service ou en disponibilité pour raisons de santé et titulaires d'une fonction de recrutement ou de sélection, peuvent être mis partiellement en disponibilité pour convenance personnelle précédant la mise à la retraite lorsqu'ils auront atteint 55 ans au cours de l'année concernée ou au cours des années précédentes, comptent au moins 20 années de service et ne peuvent pas percevoir de pension de retraite à charge du trésor public.

Cette mise en disponibilité n'est accordée aux membres du personnel que lorsque le nombre d'heures ou de périodes relevant de la (des) fonction(s) dans laquelle (lesquelles) ils sont nommés représente plus de trois quarts du nombre d'heures ou de périodes prescrit pour un temps plein dans cette (ces) fonction(s).

Pour l'application du présent paragraphe, sont pris en considération les services qui ouvrent le droit à la pension de retraite.

§ 2. La durée du service à prester par les membres du personnel correspond à trois quarts d'un emploi à temps plein.

Les membres du personnel directeur et enseignant sont obligés de continuer à donner cours pendant trois quarts du service. Ceci correspond à la moitié d'un emploi à temps plein.

Ce qui suit s'applique au quart restant :

1° des tâches pédagogiques peuvent être imposées au membre du personnel, lequel doit toutefois marquer son accord s'il s'agit d'enseigner. S'il s'agit de remplacer un membre du personnel absent pour plus de cinq jours, le pouvoir organisateur prouve en plus, au moyen d'une lettre de l'Office de l'Emploi de la Communauté germanophone, qu'aucun enseignant qualifié n'est disponible sur le marché de l'emploi. Le fait d'enseigner ne peut de plus pas entraîner un dédoublement de classes ou la création de nouvelles offres de cours;

2° des tâches administratives peuvent être imposées au membre du personnel moyennant son accord.

§ 3. La mise en disponibilité intervient exclusivement au 1^{er} septembre. Une demande allant dans ce sens est introduite au plus tard le 1^{er} juin auprès du Gouvernement de la Communauté germanophone par l'intermédiaire du directeur ou du chef d'établissement.

§ 4. La mise en disponibilité est irrévocable et est accordée jusqu'à la date où les membres du personnel peuvent faire valoir leurs droits à la pension mentionnée au § 1^{er}. A l'âge de 58 ans, il est possible de la convertir en une mise en disponibilité telle que mentionnée à l'article 8. »

CHAPITRE IX. — Modification de l'arrêté royal du 29 juin 1984 relatif à l'organisation de l'enseignement secondaire

Art. 11. A l'article 55, § 1^{er}, de l'arrêté royal du 29 juin 1984 relatif à l'organisation de l'enseignement secondaire, il est ajouté un troisième alinéa, libellé comme suit :

« Les décisions relatives au passage sont prises au plus tard le premier jour d'école du mois de septembre. »

CHAPITRE X. — *Modification du décret du 27 juin 1990
fixant la façon de déterminer les fonctions du personnel dans l'enseignement spécial*

Art. 12. Le décret du 27 juin 1990 fixant la façon de déterminer les fonctions du personnel dans l'enseignement spécial est modifié comme suit :

1° L'article 35, § 1^{er}, modifié par le décret du 1^{er} juin 1992, est remplacé par le libellé suivant :

« § 1^{er}. Dans les écoles spéciales, la catégorie du personnel paramédical comprend les fonctions d'infirmier/infirmière, de kinésithérapeute, de logopède, d'ergothérapeute et de puériculteur/puéricultrice, la catégorie du personnel social comprenant la fonction d'assistant social. »

2° L'article 51, remplacé par le décret-programme du 29 juin 1998, est remplacé par la disposition suivante :

« Article 51. Dans les limites du capital périodes, des emplois de puériculteur/puéricultrice, infirmier/infirmière, kinésithérapeute, logopède et ergothérapeute peuvent être créés dans la catégorie du personnel paramédical. »

3° Il est inséré un article 53^{quater}, libellé comme suit :

« Article 53^{quater}. § 1^{er}. Lorsqu'au 30 septembre de l'année scolaire en cours, une école fondamentale spéciale compte, dans une implantation, 5 % d'élèves en plus qu'au 30 septembre 2003, cette école obtient en plus du capital emplois calculé conformément à l'article 5^{ter}, 24 périodes pour le personnel directeur et enseignant.

Ces périodes sont octroyées du 1^{er} octobre de l'année scolaire en cours au 30 septembre de l'année scolaire suivante.

§ 2. Lorsqu'au 30 septembre de l'année scolaire en cours, une école secondaire spéciale compte, dans une implantation, 5 % d'élèves en plus qu'au 30 septembre 2003, cette école obtient en plus du capital emplois calculé conformément à l'article 5^{ter}, 22 périodes pour le personnel directeur et enseignant ou 32 périodes pour le personnel paramédical.

Ces périodes sont octroyées du 1^{er} octobre de l'année scolaire en cours au 30 septembre de l'année scolaire suivante.

§ 3. L'article 5^{ter} ainsi que les §§ 1^{er} et 2 du présent article sont applicables aux années scolaires 2005-2006 et 2006-2007 ».

CHAPITRE XI. — *Modification du décret du 25 juin 1996
relatif à l'organisation d'un enseignement à horaire réduit dans l'enseignement secondaire professionnel ordinaire*

Art. 13. L'article 9, § 3, du décret du 25 juin 1996 relatif à l'organisation d'un enseignement à horaire réduit dans l'enseignement secondaire professionnel ordinaire est remplacé par le libellé suivant :

« § 3. Pour l'encadrement socio-pédagogique des élèves, le nombre suivant d'emplois de 36 heures par semaine est attribué à chaque centre dans la fonction d'assistant social reprise dans la catégorie du personnel auxiliaire d'éducation :

1° jusqu'à 20 élèves réguliers : un demi-emploi;

2° pour tout autre groupe entamé de 20 élèves réguliers : un demi-emploi supplémentaire.

Le temps de présence hebdomadaire obligatoire de l'assistant social s'élève à minimum 36 et maximum 38 heures de 60 minutes. »

CHAPITRE XII. — *Modification du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires*

Art. 14. L'article 39, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires est remplacé par le libellé suivant :

« L'élève ou la personne chargée de son éducation qui voudrait contester une décision prise par le conseil de classe quant au passage ou à la délivrance d'un certificat d'études s'adresse au chef d'établissement au plus tard le premier jour ouvrable qui suit la communication de la décision. Le chef d'école confirme la décision du conseil de classe le jour même ou soumet à nouveau directement ce cas au conseil de classe pour des raisons de forme et de contenu. Dans la mesure du possible, le conseil de classe statue le jour même et au plus tard le jour ouvrable qui suit. »

CHAPITRE XIII. — *Modification du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire*

Art. 15. L'article 42, § 1^{er}, du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire est complété par un troisième alinéa, libellé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 2, un chef d'établissement est totalement libéré de sa charge d'enseignement et le pouvoir organisateur obtient un emploi à temps plein lorsque l'école compte au moins 141 élèves et regroupe au moins 3 implantations. »

CHAPITRE XIV. — *Modification du décret 19 avril 2004
relatif à la transmission des connaissances linguistiques et à l'emploi des langues dans l'enseignement*

Art. 16. L'article 52, alinéa 2, du décret 19 avril 2004 relatif à la transmission des connaissances linguistiques et à l'emploi des langues dans l'enseignement est remplacé par le libellé suivant :

« Les membres du personnel qui, avant la fin de l'année scolaire 2006-2007, ont apporté la preuve des connaissances linguistiques requises par ou en vertu de la loi du 30 juillet 1963 concernant le régime linguistique dans l'enseignement peuvent être désignés ou engagés à titre temporaire, admis au stage ou nommés ou engagés à titre définitif. »

CHAPITRE XV. — *Plage horaire en cas d'emploi à temps partiel*

Art. 17. § 1^{er}. Lorsque pour une fonction, dans le cas d'un emploi à temps plein, une plage horaire avec un nombre minimal et maximal de périodes de cours ou d'heures de travail à prester par semaine est prescrite par ou en vertu de la loi ou du décret, alors, une plage horaire avec un nombre minimal et maximal de périodes de cours ou d'heures de travail à prester par semaine s'applique aussi à cette fonction en cas d'emploi à temps partiel, à condition que cet emploi partiel représente au mois la moitié d'un horaire complet.

§ 2. La plage horaire avec un nombre minimal et maximal d'heures en cas d'emploi à temps partiel est fixée comme suit :

1° le nombre minimal d'heures correspond soit au véritable nombre d'heures pour lequel le membre du personnel est désigné, nommé ou engagé, ou au nombre d'heures qu'il a encore à prester en raison d'un congé ou d'une mise en disponibilité quelconque entraînant une réduction des prestations;

2° le nombre maximal d'heures est obtenu en divisant le nombre minimal visé au 1° par le nombre minimal prescrit pour un emploi à temps plein et en multipliant par le nombre maximal d'heures à prester prescrit pour un emploi à temps plein.

Si le résultat du calcul mentionné à l'alinéa 1^{er}, 2°, n'est pas un nombre entier, il est arrondi à l'unité inférieure.

§ 3. Le pouvoir organisateur décide combien d'heures le membre du personnel preste dans cette plage horaire.

§ 4. Les heures dépassant ce nombre minimal ne sont pas déduites du capital-périodes octroyé par ou en vertu de la loi ou du décret.

CHAPITRE XVI. — *Gel des nominations dans l'enseignement fondamental*

Art. 18. Par dérogation à l'article 31 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, à l'article 11 de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs de religion des religions catholique, protestante et israélite des établissements d'enseignement de la Communauté germanophone, à l'article 46 du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre P.M.S. libre subventionné ou à l'article 36 du décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidié de l'enseignement officiel subventionné et des centres psycho-médico-sociaux officiels subventionnés, il n'y aura, dans l'enseignement fondamental, aucune admission au stage, aucun engagement à titre définitif ni aucune nomination à titre définitif dans une fonction de recrutement au cours des années scolaires 2005-2006 à 2007-2008 comprise.

CHAPITRE XVII. — *Exigences linguistiques imposées au personnel enseignant de l'académie de musique de la Communauté germanophone*

Art. 19. § 1^{er}. Les cours de l'académie de musique de la Communauté germanophone sont dispensés par des membres du personnel qui ont une connaissance approfondie de la langue allemande. Font exception les cours d'instrument et l'accompagnement, lesquels sont dispensés par des membres du personnel qui ont une connaissance suffisante de la langue allemande.

Sont considérés comme constituant la preuve de la connaissance approfondie ou suffisante de la langue allemande les certificats mentionnés à l'article 26 du décret du 19 avril 2004 relatif à la transmission des connaissances linguistiques et à l'emploi des langues dans l'enseignement, en ce compris les attestations obtenues devant les jurys d'examens extrascolaires conformément au titre VII du décret du 19 avril 2004 et l'attestation de réussite d'un examen organisé conformément à l'article 15, § 1^{er}, alinéa 3, des lois sur l'emploi des langues en matière administrative coordonnées le 18 juillet 1966 en vue de pouvoir revêtir une fonction ou un emploi de niveau 1 ou de niveau II+ en région de langue allemande.

§ 2. Si l'académie de musique éprouve manifestement des difficultés à engager des personnes remplissant les conditions fixées au § 1^{er}, le Gouvernement peut l'autoriser à recruter des membres du personnel qui ne les remplissent pas.

L'alinéa 1^{er} s'applique à condition que l'académie de musique :

1° ait fait paraître une offre d'emploi dans un journal;

2° ait informé par écrit l'Office de l'Emploi de la Communauté germanophone qu'un emploi était à pourvoir et

3° ait ensuite communiqué au Gouvernement qu'aucun candidat ne remplissait toutes les conditions pour pouvoir être désigné ou engagé à titre temporaire.

Une dérogation est octroyée individuellement pour chacun des membres du personnel concerné; elle est valable pour une année scolaire au plus et peut être renouvelée.

CHAPITRE XVIII. — *Régime de travail en cas de prestations réduites en raison d'un congé ou d'une mise en disponibilité*

Art. 20. Le présent chapitre s'applique :

1° aux membres du personnel des établissements d'enseignement et centres psycho-médico-sociaux organisés par la Communauté germanophone et soumis à un statut;

2° aux membres du personnel subsidiés des établissements d'enseignement et centres psycho-médico-sociaux subventionnés par la Communauté germanophone et soumis à un statut.

Art. 21. Lorsqu'un membre du personnel fournit des prestations réduites pour cause d'un congé ou d'une mise en disponibilité quelconque, lesdites prestations sont réparties sur quatre jours par semaine au plus au cas où la réduction représente au moins un cinquième d'un temps plein. Si la réduction des prestations représente la moitié d'un temps plein, les prestations sont de plus limitées à six demi-journées par semaine au plus.

CHAPITRE XIX. — *Réglementation relative à certains types de congé*

Section 1^{re}. — Champ d'application

Art. 22. Le présent chapitre s'applique :

1° aux membres du personnel des établissements d'enseignement et centres psycho-médico-sociaux organisés par la Communauté germanophone et soumis à un statut;

2° aux membres du personnel subsidiés des établissements d'enseignement et centres psycho-médico-sociaux subventionnés par la Communauté germanophone et soumis à un statut.

Section 2. — Congés de circonstance

Art. 23. A leur demande, le pouvoir organisateur octroie des congés de circonstance aux membres du personnel mentionnés à l'article 22 qui se trouvent en activité de service, et ce aux conditions suivantes :

1° accouchement de l'épouse ou de la personne avec laquelle le membre du personnel vit maritalement :

a) durée : 10 jours ouvrables

b) période : à partir du jour de la naissance dans un délai de 14 jours;

2° mariage de l'agent :

a) durée : 4 jours ouvrables

b) période : la semaine où a lieu le mariage ou la semaine suivante;

3° mariage d'un enfant du membre du personnel, de son conjoint ou de la personne avec laquelle il vit maritalement :

a) durée : 2 jours ouvrables

b) période : la semaine où a lieu le mariage ou la semaine suivante;

4° mariage d'un parent ou d'un beau-parent, d'un petit-enfant, de frères et soeurs, demi-frères et demi-soeurs du membre du personnel :

a) durée : 1 jour ouvrable

b) période : le jour du mariage;

5° décès du conjoint, de la personne avec laquelle le membre du personnel vit maritalement ou d'un parent ou allié du 1^{er} degré du membre du personnel ou de la personne avec laquelle il vit maritalement :

a) durée : 4 jours ouvrables

b) période : la semaine où intervient le décès ou la semaine suivante;

6° décès d'un parent ou allié du membre du personnel ou de la personne avec laquelle il vit maritalement, à quelque degré que ce soit, habitant sous le même toit que le membre du personnel :

a) durée : 2 jours ouvrables

b) période : du jour du décès au jour des obsèques;

7° décès d'un parent ou allié du deuxième ou troisième degré du membre du personnel ou de la personne avec laquelle il vit maritalement, n'habitant pas sous le même toit que le membre du personnel :

a) durée : 1 jour ouvrable

b) période : le jour de l'enterrement;

8° don de sang ou de plasma par le membre du personnel :

a) durée : 1 jour ouvrable, avec un maximum de 4 jours ouvrables par année civile

b) période : le jour du don ou le lendemain; aucun congé n'est accordé pendant les mois de juin, juillet, août et septembre;

9° don de moelle osseuse par le membre du personnel :

a) durée : 4 jours ouvrables

b) période : à partir du don;

10° première communion d'un enfant du membre du personnel, de son conjoint ou de la personne avec laquelle il vit maritalement ou toute cérémonie religieuse ou laïque assimilée à laquelle participe l'enfant :

a) durée : 1 jour ouvrable

b) période : le jour de l'événement ou le lendemain;

11° ordination ou entrée au couvent d'un enfant du membre du personnel, d'un enfant de son conjoint ou de la personne avec laquelle il vit maritalement :

a) durée : 1 jour ouvrable

b) période : le jour de l'événement ou le lendemain;

12° accomplissement des obligations civiles suivantes :

a) citation à comparaître devant la justice comme défendeur, plaignant ou témoin;

b) participation à une réunion du conseil de famille convoquée par le juge de paix;

c) membre d'un jury d'assises;

La durée du congé correspond à la durée de l'obligation, preuve à l'appui.

13° accomplissement de certaines obligations civiles comme président ou assesseur d'un bureau de vote :

a) durée : 1 jour ouvrable

b) période : le lendemain des élections.

En ce qui concerne les congés de circonstance mentionnés à l'alinéa 1^{er}, 2° et 3°, le membre du personnel fixe les différents jours de congé de commun accord avec le directeur ou chef d'établissement dans le cadre de la période prescrite.

Les congés de circonstance sont considérés comme des congés rémunérés et assimilés à une période d'activité de service.

Pour l'application de la présente section, la notion « jour ouvrable » est assimilée à « jour d'école ».

Section 3. — Congé exceptionnel pour cas de force majeure

Art. 24. Le pouvoir organisateur accorde aux membres du personnel mentionnés à l'article 22 qui se trouvent en activité de service, un congé exceptionnel pour cas de force majeure résultant de la maladie ou d'un accident survenu à une des personnes suivantes habitant sous le même toit que le membre du personnel: le conjoint, la personne avec laquelle le membre du personnel vit maritalement, un parent, un allié, un parent du conjoint, une personne accueillie en vue de son adoption ou de l'exercice d'une tutelle officielle.

Une attestation médicale témoigne de la nécessité de la présence du membre du personnel au chevet du malade. Une telle attestation doit être introduite à chaque fois qu'un congé exceptionnel pour cas de force majeure est demandé.

La durée de ces congés ne peut excéder cinq jours ouvrables par année civile. Elle peut exceptionnellement être portée à huit jours ouvrables par année civile lorsque l'enfant du membre du personnel ou de la personne avec laquelle il vit maritalement n'a pas 12 ans et est malade ou accidenté.

Si le membre du personnel qui souhaite bénéficier du congé exceptionnel est marié ou vit maritalement, il apporte la preuve, au moyen d'une attestation délivrée par l'employeur de son conjoint ou de la personne avec laquelle il vit maritalement, que son conjoint ou la personne avec laquelle il vit maritalement ne sollicite pas ce congé pour la même occasion.

Le congé exceptionnel pour cas de force majeure est considéré comme congé rémunéré et assimilé à une période d'activité de service. Le congé peut être fractionné.

Pour l'application de la présente section, la notion « jour ouvrable » est assimilée à « jour d'école ».

Section 4. — Congé d'accueil en vue de l'adoption ou de la tutelle officielle

Art. 25. A leur demande, le pouvoir organisateur octroie aux membres du personnel mentionnés à l'article 22 qui se trouvent en activité de service un congé d'accueil en vue de l'adoption ou de la tutelle officielle d'un enfant de moins de 10 ans.

La durée maximale de ce congé est de six semaines pour un enfant de moins de trois ans. Elle est de quatre semaines s'il a plus de trois ans. La durée maximum du congé d'accueil est doublée lorsque l'enfant recueilli est handicapé et satisfait aux conditions requises pour bénéficier des allocations familiales en application de l'article 47 des lois coordonnées relatives aux allocations familiales pour travailleurs salariés ou de l'article 26 de l'arrêté royal du 8 avril 1976 établissant le régime des prestations familiales en faveur des travailleurs indépendants.

Lorsque le membre du personnel est marié et que soit les deux conjoints sont occupés dans un établissement d'enseignement ou un centre psycho-médico-social organisé ou subventionné par la Communauté germanophone soit l'un des deux conjoints est occupé dans l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone et l'autre dans un centre psycho-médico-social organisé ou subventionné par la Communauté germanophone, le congé peut, à la demande des adoptants, être réparti entre les deux. Lorsqu'un seul des conjoints adopte, lui seul peut bénéficier du congé.

Le congé est rémunéré et assimilé à une période d'activité de service. Il n'est pas pris en compte pour le calcul de la durée du stage.

Pour l'application de la présente section, la tutelle officielle est assimilée à l'adoption.

Art. 26. Le congé débute le jour de l'accueil de l'enfant dans le ménage. Une attestation de domicile délivrée par l'administration communale sert de preuve.

Par dérogation à l'alinéa précédent, le congé débute le jour où le membre du personnel se rend à l'étranger, à condition que l'adoption ait eu lieu au moment de son retour en Belgique. S'il devait s'avérer au retour qu'aucune adoption n'est intervenue, le congé est converti en mise en disponibilité pour convenance personnelle lorsqu'il s'agit d'un membre du personnel engagé ou nommé à titre définitif ou d'un stagiaire. La mise en disponibilité prend fin au plus tard au moment où le congé d'accueil en vue de l'adoption ou de la tutelle officielle initialement accordé aurait pris fin.

Lorsqu'il s'agit d'un membre du personnel désigné ou engagé à titre temporaire, le fait que l'adoption n'ait pas eu lieu entraîne la suspension de la désignation pour la période correspondante. Si le membre du personnel est admis au stage ou nommé à titre définitif pendant le congé, l'admission au stage ou la nomination est maintenue et le membre du personnel est soumis aux dispositions de l'alinéa précédent.

Section 5. — Congé de maternité

Art. 27. Le membre du personnel de sexe féminin mentionné à l'article 22 qui se trouve en activité de service a droit au congé de maternité prévu par l'article 39 de la loi sur le travail du 16 mars 1971.

Sur demande du membre du personnel concerné, le pouvoir organisateur est obligé de lui accorder un congé au plus tôt à partir de la sixième semaine précédant la date présumée de l'accouchement ou de la huitième semaine lorsqu'une naissance multiple est prévue.

Au plus tard sept semaines avant la date présumée de l'accouchement ou neuf semaines lorsqu'une naissance multiple est prévue, le membre du personnel remet au pouvoir organisateur un certificat médical confirmant cette date.

Lorsque l'accouchement a lieu après la date prévue par le médecin, le congé prénatal prévu au premier alinéa est prolongé jusqu'à la date effective de l'accouchement.

Le membre du personnel ne peut effectuer aucun travail du septième jour précédant la date présumée de l'accouchement au terme de la période de neuf semaines calculée à partir du jour de l'accouchement.

A la demande du membre du personnel, l'interruption de travail est prolongée au-delà de la neuvième semaine, et ce pour une période dont la durée correspond à la période pendant laquelle le membre du personnel a continué de travailler à partir de la sixième semaine précédant la date effective de l'accouchement ou de la huitième semaine lorsqu'une naissance multiple est prévue. En cas de naissance prématurée, cette période est réduite du nombre de jours pendant lesquels le membre du personnel a travaillé au cours des sept jours précédant l'accouchement.

En cas de naissance multiple, la période d'interruption de travail de neuf semaines suivant l'accouchement est, à la demande du membre du personnel et conformément aux dispositions de l'alinéa précédent, prolongée d'une période de deux semaines supplémentaires au plus.

Lorsque le nouveau-né doit rester à l'hôpital plus de sept jours après la naissance, le membre du personnel peut, après avoir pris le congé postnatal, solliciter une prolongation de l'interruption de travail correspondant au nombre de jours que le nouveau-né a dû passer à l'hôpital après le septième jour suivant sa naissance. Le congé de maternité peut être prolongé de 24 semaines au plus.

Le membre du personnel qui souhaite faire usage de cette faculté remet au pouvoir organisateur :

1° lors de la reprise du travail, une attestation de l'établissement hospitalier dont il ressort que le nouveau-né a dû rester à l'hôpital plus de sept jours à partir de sa naissance et indiquant la durée de l'hospitalisation;

2° le cas échéant, au terme de la période couverte par la première attestation, une nouvelle attestation de l'établissement hospitalier dont il ressort que le nouveau-né n'a toujours pas quitté l'hôpital et indiquant la durée de l'hospitalisation.

Le congé de maternité est assimilé à une période d'activité de service. Il n'est pas pris en considération pour calculer la période du stage.

Le membre du personnel concerné qui se trouve en congé de maternité a droit à sa rémunération pendant quinze semaines au plus ou dix-neuf semaines lorsqu'une naissance multiple est prévue.

Par dérogation à l'alinéa précédent, les membres du personnel désignés ou engagés à titre temporaire ne sont pas rémunérés pendant la durée du congé de maternité.

Art. 28. D'éventuels jours d'absence pour cause de maladie ou d'infirmité que le membre du personnel prend au cours des six ou, lorsqu'une naissance multiple est prévue, huit semaines précédant le septième jour avant la date effective de l'accouchement, ne sont convertis en congé de maternité que lorsque le membre du personnel ne reprend pas son service entre la fin de ces jours d'absence et le début du congé de maternité proprement dit.

Art. 29. Le membre du personnel obtient une dispense de service lorsqu'il doit se soumettre à des examens médicaux prénataux qui ne peuvent avoir lieu en dehors du temps de travail. Un certificat médical sera introduit comme preuve. Cette dispense de service est rémunérée et assimilée à une période d'activité de service.

Art. 30. En cas de fausse couche avant le 181^{ème} jour de grossesse, le membre du personnel n'a pas droit au congé de maternité décrit à l'article 27.

Art. 31. § 1^{er}. Lorsque la mère de l'enfant décède pendant la période comprise entre l'accouchement et la fin du congé de maternité ou est hospitalisée, le père de l'enfant auquel s'applique l'article 22 du présent décret peut, à sa demande, obtenir un congé de paternité afin d'assurer l'accueil de l'enfant.

§ 2. Lorsque la mère décède, la durée maximale du congé de paternité mentionné au § 1^{er} correspond à la durée du congé de maternité non encore épuisé jusque là par la mère. Le père qui souhaite bénéficier du congé de paternité informe son pouvoir organisateur par écrit dans les sept jours du décès de la mère. La lettre mentionnera la date de début du congé de paternité ainsi que sa durée présumée. En outre, il introduit le plus rapidement possible un extrait d'acte de décès de la mère.

§ 3. Si la mère est hospitalisée, le père peut solliciter le congé de paternité mentionné au § 1^{er} à condition que le nouveau-né ait déjà quitté l'hôpital et que l'hospitalisation de la mère dure plus de sept jours.

Le congé de paternité débute au plus tôt le septième jour suivant la naissance de l'enfant. Il prend fin au moment où la mère quitte l'hôpital, au plus tard toutefois au terme du congé de maternité non encore épuisé jusque là par la mère.

Le père qui souhaite bénéficier du congé de paternité informe son pouvoir organisateur par écrit dans les sept jours de l'hospitalisation de la mère. La lettre mentionnera la date de début du congé de paternité ainsi que sa durée présumée. En outre, il introduit le plus rapidement possible une attestation certifiant que l'hospitalisation de la mère se prolonge au-delà du septième jour suivant la naissance de l'enfant et indiquant la date à laquelle le nouveau-né a quitté l'hôpital.

§ 4. Le congé de paternité est rémunéré et assimilé à une période d'activité de service.

Par dérogation à l'alinéa précédent, les membres du personnel désignés ou engagés à titre temporaire ne sont pas rémunérés pendant la durée du congé de paternité.

Art. 32. Les dispositions prévues dans la présente section sont en concordance avec la Directive 92/85/CEE du Conseil de la Communauté européenne du 19 octobre 1992 concernant la mise en œuvre de mesures visant à promouvoir l'amélioration de la sécurité et de la santé des travailleuses enceintes, accouchées ou allaitantes au travail.

Section 6. — Congé parental

Art. 33. A la demande du membre du personnel mentionné à l'article 22, qui est en activité de service, le pouvoir organisateur lui octroie un congé parental jusqu'à ce que l'enfant dont il est le père, la mère, le père adoptif ou la mère adoptive ait atteint l'âge de 18 ans.

La durée du congé parental s'élève à trois mois au total. Le congé peut être fractionné. Il est accordé par mois entiers et pris par jours entiers.

Le membre du personnel qui souhaite bénéficier d'un congé parental introduit par l'intermédiaire de son chef d'établissement ou de son directeur, au plus tard trente jours avant le début du congé, une demande écrite auprès de son pouvoir organisateur dans laquelle il indique les dates de début et de fin du congé parental.

Par dérogation à l'alinéa précédant, le pouvoir organisateur peut approuver lui-même le congé parental lorsqu'il a été demandé après l'expiration du délai prévu à l'alinéa précédent, dans la mesure où cela n'affecte pas le bon fonctionnement du service.

Le congé parental n'est pas rémunéré, mais est toutefois assimilé à une période d'activité de service. Il n'est pas pris en compte pour calculer la durée du stage.

Art. 34. Les dispositions prévues dans la présente section sont en concordance avec la Directive 96/34/CE du Conseil des Communautés européennes du 3 juin 1996 concernant l'accord-cadre sur le congé parental conclu par l'UNICE, le CEEP et la CES.

CHAPITRE XX. — Disposition transitoire

Art. 35. Par dérogation aux articles 8, § 1^{er}, alinéa 4, 10, § 1^{er}, alinéa 5 et 10bis, § 3, de l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, la demande pour le 1^{er} septembre 2005 est introduite au plus tard le 15 juillet 2005 auprès du Gouvernement de la Communauté germanophone par l'intermédiaire du directeur ou chef d'établissement.

CHAPITRE XXI. — *Dispositions abrogatoires***Art. 36.** Sont abrogés :

1° les articles 4, 4bis, 5 et 8bis, de l'arrêté royal du 8 décembre 1967 pris en application de l'article 3 de l'arrêté royal du 28 février 1967 déterminant les positions administratives du personnel administratif, du personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat;

2° l'article 5 de l'arrêté royal du 29 mai 1972 relatif aux jours de congé rémunéré de maladie et de maternité des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation et du personnel paramédical, désignés à titre temporaire, des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat;

3° les articles 5, 5bis, 6 et 13bis, de l'arrêté royal du 15 janvier 1974 pris en application de l'article 160 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements;

4° l'arrêté royal du 13 octobre 1978 relatif aux congés d'accueil en vue de l'adoption et de la tutelle officielle des membres du personnel subsidié de l'enseignement subventionné;

5° l'arrêté royal du 28 novembre 1978 relatif aux congés exceptionnels pour cas de force majeure des membres du personnel subsidiés;

6° l'arrêté royal du 14 janvier 1979 relatif aux congés de circonstances accordés à certains membres du personnel temporaire des établissements d'enseignement de l'Etat;

7° l'arrêté royal du 27 février 1979 relatif aux congés exceptionnels pour cas de force majeure des membres du personnel des centres psycho-médico-sociaux et offices d'orientation scolaire et professionnelle subventionnés;

8° les articles 4, 5, 6, 8 et 13, de l'arrêté royal du 19 mai 1981 relatif aux vacances et aux congés des membres stagiaires ou nommés à titre définitif du personnel technique des centres psycho-médico-sociaux de l'Etat, des centres de formation de l'Etat et des services d'inspection;

9° l'arrêté royal du 14 octobre 1985 relatif aux congés d'accueil en vue de l'adoption et de la tutelle officielle, octroyés aux membres du personnel subventionnés des centres psycho-médico-sociaux et offices d'orientation scolaire et professionnelle subventionnés;

10° l'arrêté royal du 12 novembre 1986 relatif aux congés d'accueil en vue de l'adoption et de la tutelle officielle accordés à certains membres temporaires du personnel des établissements d'enseignement de l'Etat;

11° les articles 2, 3 et 4, de l'arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone du 13 mars 1991 relatif au congé parental et au congé pour des motifs impérieux d'ordre familial accordé à certains membres temporaires du personnel des établissements de l'enseignement de la Communauté;

12° l'arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone du 13 mars 1991 relatif au congé parental et au congé pour des motifs impérieux d'ordre familial accordé à certains membres définitifs et stagiaires du personnel des établissements de l'enseignement de la Communauté;

13° les articles 3, 4, 5, 6 et 7, de l'arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone du 5 juin 1991 relatif au congé parental et au congé pour des motifs impérieux d'ordre familial accordé à certains membres du personnel des centres psycho-médico-sociaux organisés par la Communauté germanophone;

14° l'arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone du 20 janvier 1993 relatif aux congés de circonstance accordés aux membres du personnel définitifs et temporaires de l'enseignement subventionné par la Communauté germanophone;

15° les articles 2, 3 et 4, de l'arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone du 24 mars 1993 relatif au congé parental et au congé pour des motifs impérieux d'ordre familial accordés à certains membres subsidiés du personnel définitif des établissements d'enseignement subventionnés par la Communauté germanophone;

16° les articles 2, 3 et 4, de l'arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone du 24 mars 1993 relatif au congé parental et au congé pour motifs impérieux d'ordre familial accordés à certains membres du personnel temporaire des établissements d'enseignement subventionnés par la Communauté germanophone;

17° l'arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone du 29 avril 1993 relatif aux congés d'accueil en vue de l'adoption et de la tutelle officielle accordés à certains membres du personnel temporaire des établissements d'enseignement subventionné;

18° les articles 3, 4, 5 et 6, de l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 1^{er} septembre 1993 relatif au congé parental et au congé pour des motifs impérieux d'ordre familial accordés aux membres subsidiés du personnel des centres psycho-médico-sociaux subventionnés;

19° les articles 2, 4, 5 et 6, de l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 23 novembre 1994 relatif au congé parental et au congé pour des motifs impérieux d'ordre familial accordés aux membres du personnel soumis aux dispositions de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs de religion des religions catholique et protestante des établissements d'enseignement primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat;

20° l'article 71 du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné;

21° les articles 33 et 35, e), de l'arrêté du Gouvernement du 9 novembre 2000 modifiant et complétant l'arrêté royal du 27 juin 1974 fixant au 1^{er} avril 1972 les échelles des fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, auxiliaire d'éducation et paramédical des établissements d'enseignement de l'Etat, des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection de l'enseignement par correspondance et de l'enseignement primaire subventionné et les échelles des grades du personnel des centres psycho-médico-sociaux de l'Etat.

CHAPITRE XXII. — *Entrée en vigueur*

Art. 37. Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} septembre 2005, à l'exception
 1° des articles 1^{er}, 1° et 2°, 2, 3, 12, 1° et 2°, et 36, 21°, qui produisent leurs effets le 1^{er} septembre 2004;
 2° de l'article 18 qui produit ses effets le 1^{er} février 2005;
 3° des articles 4, 8, 9, 10, 11, 14 et 35, qui entrent en vigueur le jour de l'adoption du présent décret.
 Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.
 Eupen, le 6 juin 2005.

K.-H. LAMBERTZ

Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,
Ministre des Pouvoirs locaux

B. GENTGES

Vice-Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,
Ministre de la Formation et de l'Emploi, des Affaires sociales et du Tourisme

O. PAASCH

Ministre de l'Enseignement et de la Recherche scientifique

Mme I. WEYKMANS

Ministre de la Culture et des Médias, de la Protection des Monuments,
de la Jeunesse et des Sports

Notes

(1) *Session 2004-2005.**Documents du Conseil :*

36 (2004-2005), n° 1. Projet de décret.

36 (2005-2005), n°s 2-4. Propositions d'amendement.

36 (2004-2005), n° 5. Rapport.

36 (2004-2005), n° 6 Propositions d'amendements relatives au texte adopté par la commission.

Compte rendu intégral : Discussion. Séance du 6 juin 2005.

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2005 — 2295

[C — 2005/33073]

6 JUNI 2005. — Decreet houdende maatregelen inzake onderwijs 2005 (1)

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK I. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 15 april 1958 houdende bezoldigingsregeling van het onderwijzend, wetenschappelijk en daarmee gelijkgesteld personeel van het Ministerie van Openbaar Onderwijs***Artikel 1.** Artikel 16 van het koninklijk besluit van 15 april 1958 houdende bezoldigingsregeling van het onderwijzend, wetenschappelijk en daarmee gelijkgesteld personeel van het Ministerie van Openbaar Onderwijs wordt gewijzigd als volgt :

1° de inleidende zin van artikel 16, § 1, A, a), wordt vervangen door de volgende tekst :

« de werkelijke diensten die het personeelslid als titularis van een bezoldigd ambt heeft verstrekt : »

2° tussen artikel 16, § 1, A, a) en artikel 16, § 1, A, b), wordt een lid ingevoegd, luidend als volgt :

« De deeltijdse prestaties verricht in een ambt worden naar verhouding tot een betrekking met voltijdse prestaties in dat ambt aangerekend. »

3° artikel 16, § 1, A, m), 2°, wordt vervangen door de volgende tekst :

« 2° in een andere openbare dienst dan de diensten van de Staat of de diensten van Afrika, hetzij als burgerlijk of geestelijk titularis van een bezoldigd ambt, hetzij als beroepsmilitair. »

4° tussen artikel 16, § 1, A, m) en artikel 16, § 1, A, n), wordt een nieuw lid ingevoegd, luidend als volgt :

« De deeltijdse prestaties verricht in een ambt worden naar verhouding tot een betrekking met voltijdse prestaties in dat ambt aangerekend. »

HOOFDSTUK II. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 2 oktober 1968 tot vaststelling en rangschikking van de ambten der leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch personeel bij de inrichtingen voor kleuteronderwijs, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaal onderwijs van de Staat, en van de ambten der leden van de inspectiedienst belast met het toezicht op deze inrichtingen***Art. 2.** In artikel 8, a), van het koninklijk besluit van 2 oktober 1968 tot vaststelling en rangschikking van de ambten der leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch personeel bij de inrichtingen voor kleuteronderwijs, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaal onderwijs van de Staat, en van de ambten der leden van de inspectiedienst belast met het toezicht op deze inrichtingen wordt een punt 4bis ingevoegd, luidend als volgt :

« 4bis. Ergotherapiept ». »

HOOFDSTUK III. — Wijziging van het koninklijk besluit van 22 april 1969 betreffende de bekwaamheidsbewijzen vereist van de leden van het bestuurspersoneel en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel en van het paramedisch personeel der rijksinrichtingen voor kleuteronderwijs, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch onderwijs, kunstonderwijs en normaalonderwijs, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen

Art. 3. In artikel 15 van het koninklijk besluit van 22 april 1969 betreffende de bekwaamheidsbewijzen vereist van de leden van het bestuurspersoneel en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel en van het paramedisch personeel der rijksinrichtingen voor kleuteronderwijs, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch onderwijs, kunstonderwijs en normaalonderwijs, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen wordt een punt 5 ingevoegd, luidend als volgt :

« 5 ergotherapeut : graduaat in ergotherapie uitgereikt krachtens het koninklijk besluit van 16 april 1965 houdende instelling van het diploma van gegradueerde in de kinesitherapie en van het diploma van gegradueerde in de arbeidstherapie, en vaststelling van de voorwaarden waaronder deze diploma's worden uitgereikt ».

HOOFDSTUK IV. — Wijziging van het koninklijk besluit van 15 januari 1974 genomen ter toepassing van artikel 160 van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen, en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen

Art. 4. Artikel 1 van het koninklijk besluit van 15 januari 1974 genomen ter toepassing van artikel 160 van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen, en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen, vervangen bij het besluit van de Executieve van 1 september 1993, wordt gewijzigd als volgt :

1° Punt 1 wordt vervangen door de volgende tekst :

« 1. De leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, met uitzondering van de inrichtingshoofden, de provisors, de onderdirecteurs, de hoofdonderwijzers en de werkmeesters, genieten een jaarlijks vakantieverlof, vastgesteld als volgt :

a) Kerstvakantie : twee weken en op 24, 25 en 26 december wanneer deze dagen niet in de twee weken kerstvakantie vallen;

b) Paasvakantie : twee weken;

c) Zomervakantie : van 1 juli tot 31 augustus; de inrichtende macht heeft echter het recht de laatste 5 werkdagen van de maand augustus een beroep te doen op het personeelslid ten einde de examens af te nemen, beslissingen m.b.t. de overgang te nemen of verenigingen ter voorbereiding van het komende schooljaar te houden; »

2° Punt 4 wordt vervangen door de volgende tekst :

« 4. De werkmeesters en de leden van het opvoedend hulppersoneel genieten een jaarlijks vakantieverlof, vastgesteld als volgt :

a) Kerstvakantie : twee weken en op 24, 25 en 26 december wanneer deze dagen niet in de twee weken kerstvakantie vallen;

b) Paasvakantie : twee weken;

c) Zomervakantie :

— de werkmeesters, bestuurders, opvoeders-huismeesters en directiesecretarissen genieten de zomervakantie bepaald in punt 1, c), echter verminderd met 10 werkdagen die in overleg met het inrichtingshoofd over begin juli en/of einde augustus te verdelen zijn;

— de andere, hierboven niet vermelde leden van het opvoedend hulppersoneel genieten de zomervakantie bepaald in punt 1, c), echter verminderd met 5 werkdagen die in overleg met het inrichtingshoofd over begin juli en/of einde augustus te verdelen zijn. »

HOOFDSTUK V. — Wijziging van het koninklijk besluit van 27 juni 1974 waarbij op 1 april 1972 worden vastgesteld de schalen verbonden aan de ambten van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel en van het paramedisch personeel bij de rijksonderwijsinrichtingen, aan de ambten van de leden van de inspectiedienst belast met het toezicht op deze inrichtingen en aan de ambten van de leden van de inspectiedienst van het schriftelijk onderzoek en van het gesubsidieerd lager onderwijs, en de schalen verbonden aan de graden van het personeel van de psycho-medisch-sociale centra van de Staat

Art. 5. § 1. Vanaf 31 augustus 2000 wordt in artikel 2, hoofdstuk H, van het koninklijk besluit van 27 juni 1974 waarbij op 1 april 1972 worden vastgesteld de schalen verbonden aan de ambten van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel en van het paramedisch personeel bij de rijksonderwijsinrichtingen, aan de ambten van de leden van de inspectiedienst belast met het toezicht op deze inrichtingen en aan de ambten van de leden van de inspectiedienst van het schriftelijk onderzoek en van het gesubsidieerd lager onderwijs, en de schalen verbonden aan de graden van het personeel van de psycho-medisch-sociale centra van de Staat een punt ingevoegd, luidend als volgt :

« Ergotherapeut 315 »

Vanaf 1 september 2005 wordt in artikel 2, hoofdstuk H van voormeld koninklijk besluit van 27 juni 1974 de tekst van de rubriek « Paramedisch personeel » vervangen als volgt :

« Kinderverzorg(st)er 015

Verple(e)g(st)er 216

Logopedist 216

Kinesitherapeut 216

Ergotherapeut 216 »

§ 2. Tussen 1 september 2004 en 31 augustus 2005 verkrijgen de personeelsleden vermeld in artikel 2, hoofdstuk H, van voormeld koninklijk besluit van 27 juni 1974 een weddeverhoging die 90 % uitmaakt van het verschil tussen de weddeschaal toegekend op 31 augustus 2000 en de weddeschaal ingevoegd bij het tweede lid van dit artikel.

HOOFDSTUK VI. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 27 juli 1976 tot reglementering van de terbeschikkingstelling wegens ontstentenis van betrekking, de reffectatie en de toekenning van een wachtweddetoelage in het gesubsidieerd onderwijs*

Art. 6. Het koninklijk besluit van 27 juli 1976 tot reglementering van de terbeschikkingstelling wegens ontstentenis van betrekking, de reffectatie en de toekenning van een wachtweddetoelage in het gesubsidieerd onderwijs wordt gewijzigd als volgt :

1° in artikel 3 wordt een § 6 ingevoegd, luidend als volgt :

« § 6. Een wegens ontstentenis van betrekking ter beschikking gesteld personeelslid kan de schorsing van de uitbetaling van de wachtweddetoelage i.v.m. de terbeschikkingstelling vragen. De schorsing hoeft niet per se volledig te zijn.

De overeenkomstige schriftelijke aanvraag om schorsing wordt de inrichtende macht toegezonden die deze met het oog op de erkenning ervan aan de Regering betekent in het kader van de in § 4 bedoelde mededeling.

Tijdens de schorsing is het personeelslid niet meer onderworpen aan de verplichtingen inzake reffectatie en wedertewerkstelling, met uitzondering van de reffectatie in een definitief vacante betrekking overeenkomstig artikel 1, § 3, en dit bij zijn inrichtende macht voor hetzelfde ambt overeenkomstig artikel 1, § 2. In dit geval is de inrichtende macht ertoe verplicht deze betrekking overeenkomstig artikel 5, § 1, 2°, aan te bieden.

De schorsing wordt door de Regering tegelijk met de terbeschikkingstelling erkend en geldt vanaf het ogenblik van de erkenning tot het einde van het schooljaar. Een hernieuwing in het daaropvolgend jaar is telkens mogelijk volgens de in de voorafgaande leden bepaalde procedure. »

2° In artikel 5, § 1, wordt een punt 9 ingevoegd, luidend als volgt :

« 9 moet overeenkomstig de volgorde bepaald in de punten 2° tot 7° een personeelslid weder te werk stellen dat niet gereffecteerd kon worden overeenkomstig de punten 2° tot 7°.

In tegenstelling tot de reffectatie geschiedt de wedertewerkstelling in hetzelfde ambt overeenkomstig artikel 1, § 2, 2°; het bedoeld ambt hoeft echter niet aan de volgende voorwaarden te voldoen :

a) een ambt zijn dat tot dezelfde categorie behoort; de verschillende categorieën zijn het bevorderingsambt, het selectieambt en het wervingsambt;

b) een ambt zijn dat tot hetzelfde onderwijsniveau behoort; de verschillende niveaus zijn het kleuteronderwijs, het lager onderwijs, het lager secundair onderwijs, het hoger secundair onderwijs en het hoger onderwijs;

c) een ambt met dezelfde bezoldiging, zelfs wanneer het aantal uren verschillend is.

Een wedertewerkstelling overeenkomstig de voorafgaande leden mag niet tot gevolg hebben dat een in een wervingsambt ter beschikking gesteld personeelslid, in een selectie- of bevorderingsambt weder te werk gesteld wordt; hetzelfde geldt voor een wedertewerkstelling in een bevorderingsambt van de titularis van een selectieambt. »

3° Artikel 5, § 4, wordt vervangen door de volgende tekst :

« § 4. Onverminderd § 1, 2°, 3°, 7° en 9°, wendt zich de inrichtende macht aan de in artikel 8 vermelde reffectatiecommissie die de Regering een personeelslid voorstelt dat op één van de in artikel 4, § 1, bepaalde lijsten vermeld staat. De Regering kan de inrichtende macht ertoe verplichten het voorgestelde personeelslid te reffecteren of weder te werk te stellen.

Een wedertewerkstelling of reffectatie in het gesubsidieerd officieel onderwijs van een personeelslid dat in het gesubsidieerd vrij onderwijs ter beschikking werd gesteld en omgekeerd is uitgesloten. »

4° In artikel 7, § 1, lid 2, wordt een derde streepje ingevoegd, luidend als volgt :

« — een betrekking in een ambt, zoals bepaald in artikel 5, § 1, 9°, te aanvaarden in het kader van de beperkingen vermeld in 2° ».

5° In artikel 7, § 2, wordt een tweede lid ingevoegd, luidend als volgt :

« Een wedertewerkstelling in de zin van artikel 5, § 1, 9°, is eveneens verplicht in afwachting van een reffectatie. De beperkingen vermeld in het voorafgaande lid zijn van toepassing. »

6° Artikel 8, § 1, wordt vervangen door de volgende tekst :

« § 1. De Regering richt een reffectatiecommissie op voor het basisonderwijs en één voor het secundair en het hoger onderwijs.

Elke commissie is samengesteld uit :

1° een vertegenwoordiger van de inrichtende machten van het gesubsidieerd vrij onderwijs, een vertegenwoordiger van de inrichtende machten van het gesubsidieerd officieel onderwijs en twee vertegenwoordigers van de personeelsleden. Voor elke categorie zijn er evenveel plaatsvervangende als werkende leden;

2° een voorzitter en een plaatsvervangende voorzitter;

3° een secretaris en een adjunct-secretaris.

De werkende en plaatsvervangende leden worden door de Regering aangewezen op voordracht van de inrichtende machten en van de representatieve vakbondorganisaties in het gesubsidieerd vrij en officieel onderwijs.

De voorzitter, de plaatsvervangende voorzitter, de secretaris en de adjunct-secretaris worden door de Regering onder de statutaire en contractuele personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap aangewezen.

Een werkend lid dat aan een zitting niet kan deelnemen, wordt door zijn plaatsvervanger vertegenwoordigd. De beslissingen van de commissie worden met eenvoudige meerderheid van de stemmen der aanwezige leden genomen. Bij staking der stemmen beslist de voorzitter. »

7° In artikel 8, § 2, wordt een tweede lid ingevoegd, luidend als volgt :

« De commissies vervullen bovendien de opdracht vermeld in artikel 5, § 4. »

HOOFDSTUK VII. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 19 mei 1981 betreffende de vakantie- en verlofregeling van het stagedoend en vastbenoemd technisch personeel van de rijks-psycho-medisch-sociale centra, de rijksvormingscentra en de inspectiediensten*

Art. 7. Artikel 1, a), van het koninklijk besluit van 19 mei 1981 betreffende de vakantie- en verlofregeling van het stagedoend en vastbenoemd technisch personeel van de rijks-psycho-medisch-sociale centra, de rijksvormingscentra en de inspectiediensten, wordt vervangen door de volgende tekst :

« a) Kerstvakantie : twee weken en op 24, 25 en 26 december wanneer deze dagen niet in de twee weken kerstvakantie vallen; »

HOOFDSTUK VIII. — *Wijziging van het koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984 betreffende de opdrachten, de wedden, de weddetoelagen en de verloven voor verminderde prestatie in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra*

Art. 8. Artikel 8 van het koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984 betreffende de opdrachten, de wedden, de weddetoelagen en de verloven voor verminderde prestatie in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra, vervangen bij het decreet van 25 juni 1996 en gewijzigd bij de decreten van 29 juni 1998 en 23 oktober 2000, wordt gewijzigd als volgt :

1° in § 1 worden de leden 1 en 2 door de volgende leden vervangen :

« De personeelsleden bedoeld in artikel 7 die in dienstactiviteit zijn of wegens ziekte ter beschikking gesteld zijn en een wervings-, selectie- of bevorderingsambt bekleden, kunnen wegens persoonlijke aangelegenheden vóór de oppensioenstelling ter beschikking gesteld worden, indien ze aan de volgende voorwaarden voldoen :

1° zij zullen ten laatste op 31 december van het betrokken jaar de leeftijd van ten minste achtenvijftig jaar bereiken;

2° zij kunnen een dienstactiviteit van ten minste twintig jaar bewijzen;

3° zij genieten geen rustpensioen ten laste van de schatkist op het ogenblik van de terbeschikkingstelling.

In afwijking van lid 1, 1°, kunnen de personeelsleden bedoeld in artikel 7 die in dienstactiviteit zijn of wegens ziekte ter beschikking gesteld zijn en een wervings-, selectie- of bevorderingsambt bekleden, wegens persoonlijke aangelegenheden vóór de oppensioenstelling ter beschikking gesteld worden, indien ze ten laatste op 31 december 2005 de leeftijd van ten minste vijfenvijftig jaar bereiken.

In afwijking van lid 1, 1°, kunnen de personeelsleden bedoeld in artikel 7 die in dienstactiviteit zijn of wegens ziekte ter beschikking gesteld zijn en een wervings-, selectie- of bevorderingsambt bekleden, wegens persoonlijke aangelegenheden vóór de oppensioenstelling ter beschikking gesteld worden, indien ze tussen 1 januari 2006 en 31 december 2008 de leeftijd van ten minste vijfenvijftig jaar bereiken.

De terbeschikkingstelling vindt uitsluitend op 1 september plaats. Een dienovereenkomstige aanvraag moet ten laatste op 1 juni door bemiddeling van de directeur of van het inrichtingshoofd bij de Regering van de Duitstalige Gemeenschap worden ingediend. »

2° § 2 wordt aangevuld met drie leden, luidend als volgt :

« In afwijking van het derde lid wordt voor de personeelsleden die vóór 1 januari 2004 wegens persoonlijke aangelegenheden vóór de oppensioenstelling ter beschikking gesteld werden, bij de berekening van het wachtgeld de gehele duur van de voltijdse loopbaanonderbrekingen in aanmerking genomen.

In afwijking van het derde lid gelden als dienstjaren voor de in § 1, lid 1, vermelde personeelsleden de dienstjaren gepresteerd als personeelsleden in het onderwijs en waarin zij in dienstactiviteit waren resp. ter beschikking werden gesteld en een wachtgeld of wachtweddetoelage hebben genoten. Worden eveneens als dienstjaren in aanmerking genomen de periodes van onbezoldigd verlof wegens ziekte of gebrekkigheid, van onbezoldigd moederschapsverlof, van ouderschapsverlof, de loopbaanonderbrekingen vermeld in artikel 3 van het besluit van de Regering van 9 november 1994 betreffende de onderbreking van de beroepsloopbaan in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra voor de periodes waarin een kind van het personeelslid wegens zijn leeftijd nog niet in de kleuterafdeling wordt toegelaten, de bijzondere vormen van loopbaanonderbreking vermeld in de artikelen 4bis, 4ter en 4quater van hetzelfde besluit alsmede de militaire dienst. Deeltijdse dienstprestaties in een ambt worden naar rato van een voltijdse betrekking in dit ambt in aanmerking genomen.

In afwijking van het derde lid is de in voorafgaand lid bepaalde regeling van toepassing op de in § 1, lid 3, vermelde personeelsleden, wat de dienstjaren betreft. In afwijking van lid 1 mag het wachtgeld voor deze personeelsleden niet meer bedragen dan 40 % van de laatste activiteitswedde of van de laatste activiteitsweddetoelage. »

Art. 9. Artikel 10 van hetzelfde koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984, vervangen bij het decreet van 25 juni 1996 en gewijzigd bij de decreten van 29 juni 1998 en 23 oktober 2000, wordt gewijzigd als volgt :

1° § 1, lid 1, wordt vervangen door de volgende leden :

« De personeelsleden bedoeld in artikel 7 die in dienstactiviteit zijn of wegens ziekte ter beschikking gesteld zijn en een wervings- of selectieambt bekleden, kunnen wegens persoonlijke aangelegenheden vóór de oppensioenstelling gedeeltelijk ter beschikking gesteld worden, indien ze aan de volgende voorwaarden voldoen :

1° zij zullen ten laatste op 31 december van het betrokken jaar de leeftijd van ten minste achtenvijftig jaar bereiken;

2° zij kunnen een dienstactiviteit van ten minste twintig jaar bewijzen;

3° zij genieten geen rustpensioen ten laste van de schatkist op het ogenblik van de terbeschikkingstelling.

In afwijking van lid 1, 1°, kunnen de personeelsleden bedoeld in artikel 7 die in dienstactiviteit zijn of wegens ziekte ter beschikking gesteld zijn en een wervings- of selectieambt bekleden, wegens persoonlijke aangelegenheden vóór de oppensioenstelling gedeeltelijk ter beschikking gesteld worden, indien ze ten laatste op 31 augustus 2005 de leeftijd van ten minste vijfenvijftig jaar bereiken. »

2° § 1, lid 4, dat lid 5 wordt, wordt vervangen door de volgende tekst :

« De terbeschikkingstelling vindt uitsluitend op 1 september plaats. Een dienovereenkomstige aanvraag moet ten laatste op 1 juni door bemiddeling van de directeur of van het inrichtingshoofd bij de Regering van de Duitstalige Gemeenschap worden ingediend. »

Art. 10. Tussen artikel 10 en artikel 10*bis*, hetgeen artikel 10*ter* wordt, wordt een artikel 10*bis* ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 10*bis*. § 1. De personeelsleden bedoeld in artikel 7 die in dienstactiviteit zijn of wegens ziekte ter beschikking gesteld zijn en een wervings- of selectieambt bekleden, kunnen wegens persoonlijke aangelegenheden vóór de oppensioenstelling gedeeltelijk ter beschikking gesteld worden, indien ze in de loop van het betrokken jaar of van de voorafgaande jaren de leeftijd van vijfenvijftig jaar bereiken, een dienstactiviteit van ten minste twintig jaar bewijzen en geen rustpensioen ten laste van de schatkist kunnen genieten.

Deze terbeschikkingstelling wordt slechts aan de personeelsleden toegekend als het aantal uren of lestijden die tot het ambt resp. de ambten behoren waarin zij benoemd zijn meer dan drievierden van het aantal uren of lestijden beloopt die voor een voltijdse betrekking in dat ambt resp. deze ambten voorgeschreven is.

Voor de toepassing van voorliggende paragraaf worden de diensten in aanmerking genomen die het recht op rustpensioen openen.

§ 2. De duur van de dienstprestaties die de personeelsleden moeten leveren, beloopt drievierden van een voltijdse betrekking.

De leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel zijn ertoe verplicht, tijdens tweederden van de dienst verder les te geven. Dit stemt overeen met de helft van een voltijdse betrekking.

Voor het overige vierde geldt het volgende :

1° pedagogische taken mogen de personeelsleden worden opgelegd, waarbij het akkoord van het personeelslid echter bereikt is, als het om lesgeven gaat; gaat het hierbij om de vervanging van een personeelslid dat meer dan vijf dagen afwezig is, dan bewijst bovendien de inrichtende macht door middel van een brief van de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap dat er op de markt geen geschikte leraar ter beschikking staat; het lesgeven mag daarenboven niet leiden tot klasverdelingen noch tot een nieuw onderwijsaanbod;

2° administratieve taken mogen de personeelsleden worden opgelegd op voorwaarde dat ze daarmee instemmen.

§ 3. De terbeschikkingstelling vindt uitsluitend op 1 september plaats. Een dienovereenkomstige aanvraag moet ten laatste op 1 juni door bemiddeling van de directeur of van het inrichtingshoofd bij de Regering van de Duitstalige Gemeenschap worden ingediend.

§ 4. De terbeschikkingstelling is onomkeerbaar en wordt toegekend tot op de dag waarop het personeelslid aanspraak op het pensioen vermeld in § 1 kan maken. Op de leeftijd van 58 jaar is een omzetting in de terbeschikkingstelling bedoeld in artikel 8 mogelijk. »

HOOFDSTUK IX. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 29 juni 1984
betreffende de organisatie van het secundair onderwijs*

Art. 11. In artikel 55, § 1, van het koninklijk besluit van 29 juni 1984 betreffende de organisatie van het secundair onderwijs wordt een derde lid ingevoegd, luidend als volgt :

« De beslissingen m.b.t. de overgang worden ten laatste op de eerste schooldag van de maand september genomen. »

HOOFDSTUK X. — *Wijziging van het decreet van 27 juni 1990
tot vaststelling van de wijze waarop de ambten van het personeel voor buitengewoon onderwijs worden bepaald*

Art. 12. Het decreet van 27 juni 1990 tot vaststelling van de wijze waarop de ambten van het personeel voor buitengewoon onderwijs worden bepaald, wordt gewijzigd als volgt :

1° artikel 35, § 1, gewijzigd bij het decreet van 1 juni 1992, wordt vervangen door de volgende tekst :

« § 1. In de buitengewone scholen bevat de categorie van het paramedisch personeel de ambten van verple(e)g(st)er, kinesitherapeut, logopedist, ergotherapeut en kinderverzorg(st)er terwijl de categorie van het sociaal personeel het ambt van maatschappelijk werker bevat. »

2° artikel 51, vervangen bij het programmadecreet van 29 juni 1998, wordt vervangen door de volgende tekst :

« Artikel 51 : Binnen het lesurenpakket kunnen in de categorie van het paramedisch personeel de ambten van kinderverzorg(st)er, verple(e)g(st)er, kinesitherapeut, logopedist en ergotherapeut worden ingericht. »

3° er wordt een artikel 53*quater* ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 53*quater*. § 1. Telt een buitengewone basisschool op 30 september van het lopende schooljaar in een vestiging 5 % leerlingen meer dan op 30 september 2003, verkrijgt deze school naast het overeenkomstig artikel 5*ter* vastgelegd betrekkingenpakket, 24 bijkomende lestijden voor het bestuurs- en onderwijzend personeel.

Deze lestijden worden vanaf 1 oktober van het lopende schooljaar tot 30 september van het volgende schooljaar toegekend.

§ 2. Telt een buitengewone secundaire school op 30 september van het lopende schooljaar in een vestiging 5 % leerlingen meer dan op 30 september 2003, verkrijgt deze school naast het overeenkomstig artikel 5*ter* vastgelegd betrekkingenpakket, ofwel 22 lestijden voor het bestuurs- en onderwijzend personeel ofwel 32 lestijden voor het paramedisch personeel.

Deze lestijden worden vanaf 1 oktober van het lopende schooljaar tot 30 september van het volgende schooljaar toegekend.

§ 3. Artikel 5*ter* alsmede de §§ 1 en 2 van voorliggend artikel gelden voor de schooljaren 2005-2006 en 2006-2007. »

HOOFDSTUK XI. — *Wijziging van het decreet van 25 juni 1996 betreffende de organisatie van een onderwijs met beperkt leerplan in het gewoon beroepssecundair onderwijs*

Art. 13. Artikel 9, § 3, van het decreet van 25 juni 1996 betreffende de organisatie van een onderwijs met beperkt leerplan in het gewoon beroepssecundair onderwijs, wordt vervangen door de volgende tekst :

« § 3. Met het oog op de socio-pedagogische begeleiding van de leerlingen wordt het volgende aantal betrekkingen met 36 uren/week aan elk centrum toegekend in het ambt van maatschappelijk werker dat tot de categorie onderwijzend hulppersoneel behoort :

1° tot 20 regelmatige leerlingen : een halve betrekking;

2° voor elke andere begonnen groep van 20 regelmatige leerlingen : een bijkomende halve betrekking.

Voor de maatschappelijk werker belooft de verplichte wekelijkse aanwezigheidstijd ten minste 36 en ten hoogste 38 uren van 60 minuten. »

HOOFDSTUK XII. — *Wijziging van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs*

Art. 14. Artikel 39, § 1, van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs wordt vervangen door de volgende tekst :

« De leerling of de persoon belast met zijn opvoeding die een beslissing van de klasseraad m.b.t. de overgang of de uitreiking van een studiegetuigschrift wensen te betwisten, wenden zich tot het schoolhoofd ten laatste op de eerste werkdag na de mededeling van de beslissing. Het schoolhoofd bekrachtigt op dezelfde dag de beslissing van de klasseraad of legt de zaak om formele of inhoudelijke redenen onmiddellijk opnieuw aan de klasseraad voor met het oog op een nieuwe beslissing. Indien mogelijk beslist de klasseraad op dezelfde dag, echter ten laatste op de daaropvolgende werkdag. »

HOOFDSTUK XIII. — *Wijziging van het decreet van 26 april 1999 betreffende het gewoon basisonderwijs*

Art. 15. Artikel 42, § 1, van het decreet van 26 april 1999 betreffende het gewoon basisonderwijs wordt aangevuld met een derde lid, luidend als volgt :

« In afwijking van lid 2 wordt een inrichtingshoofd geheel van zijn onderwijsopdracht bevrijd en verkrijgt de inrichtende macht een voltijdse betrekking, als de school ten minste 141 leerlingen telt en ten minste drie vestigingen omvat. »

HOOFDSTUK XIV. — *Wijziging van het decreet van 19 april 2004 betreffende de taaloverdracht en het gebruik van de talen in het onderwijs*

Art. 16. Artikel 52, lid 2, van het decreet van 19 april 2004 betreffende de taaloverdracht en het gebruik van de talen in het onderwijs wordt vervangen door de volgende tekst :

« De personeelsleden die vóór het einde van het schooljaar 2006-2007 het bewijs hebben geleverd van de krachtens de wet van 30 juli 1963 houdende taalregeling in het onderwijs vereiste taalkennis, mogen tijdelijk aangewezen of aangesteld, tot de stage toegelaten, in vast verband benoemd of definitief aangesteld worden. »

HOOFDSTUK XV. — *Plage (uurspanne) in geval van deeltijdse betrekking*

Art. 17. § 1. Is voor een ambt, in geval van een voltijdse betrekking, door of krachtens de wet of het decreet een plage met een minimaal en een maximaal aantal per week te presteren lestijden of arbeidsuren voorgeschreven, dan wordt ook een plage met een minimaal en een maximaal aantal per week te presteren lestijden of arbeidsuren op dit ambt toegepast in geval van deeltijdse betrekking, op voorwaarde dat deze deeltijdse betrekking ten minste de helft van een voltijdse uurregeling dekt.

§ 2. De plage met een minimaal en een maximaal aantal uren in geval van een deeltijdse betrekking wordt als volgt vastgelegd :

1° het minimaal aantal uren stemt overeen ofwel met het werkelijk aantal uren waarvoor het personeelslid aangewezen, benoemd of aangesteld is, ofwel met het aantal uren die het nog moet presteren wegens om het even welk verlof of terbeschikkingstelling met vermindering van de dienstprestaties;

2° het maximaal aantal uren wordt verkregen door het onder 1° vermeld minimaal aantal door het bij voltijdse betrekking voorgeschreven minimaal aantal te delen en met het bij voltijdse betrekking voorgeschreven maximaal aantal te presteren uren te vermenigvuldigen.

Verkrijgt men bij de berekening vermeld in lid 1, 2°, geen rond getal, dan wordt het resultaat naar de lagere eenheid afgerond.

§ 3. De inrichtende macht beslist hoeveel uren het personeelslid binnen deze plage presteert.

§ 4. De uren boven dit minimaal aantal worden niet afgetrokken van het lestijdenpakket toegekend door of krachtens de wet of het decreet.

HOOFDSTUK XVI. — *Benoemingsstop in het basisonderwijs*

Art. 18. In afwijking van artikel 31 van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen, van artikel 11 van het koninklijk besluit van 25 oktober 1971 tot vaststelling van het statuut van de leermeesters, de leraars en de inspecteurs katholieke, protestantse en Israëlitische godsdienst der onderwijsinrichtingen van de Duitstalige Gemeenschap, van artikel 46 van het decreet van 14 december 1998 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd vrij onderwijs en van het gesubsidieerd vrij PMS-Centrum of van artikel 36 van het decreet van 29 maart 2004 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd officieel onderwijs en van de gesubsidieerde officiële psycho-medisch-sociale centra zal in het basisonderwijs geen toelating tot de stage, geen definitieve aanstelling noch geen vaste benoeming in een wervingsambt plaatsvinden tijdens de schooljaren 2005-2006 tot en met 2007-2008.

HOOFDSTUK XVII. — *Taalvereisten opgelegd aan het onderwijzend personeel van de muziekacademie van de Duitstalige Gemeenschap*

Art. 19. § 1. In de muziekacademie van de Duitstalige Gemeenschap wordt het onderwijs verstrekt door personeelsleden die een grondige kennis van het Duits hebben. De instrumentcursussen en de begeleiding worden echter verstrekt door personeelsleden die een voldoende kennis van het Duits hebben.

Als bewijs van de grondige of voldoende kennis gelden de getuigschriften vermeld in artikel 26 van het decreet van 19 april 2004 betreffende de taaloverdracht en het gebruik van de talen in het onderwijs, met inbegrip van de attesten behaald vóór een examencommissie buiten schoolverband overeenkomstig titel VII van het decreet van 19 april 2004 alsmede het attest bekrachtigend het slagen voor een examen dat overeenkomstig artikel 15, § 1, lid 3, van de op 18 juli 1966 gecoördineerde wetten op het gebruik van de talen in bestuurszaken georganiseerd werd om een ambt of een betrekking van niveau I of van niveau II+ in een dienst in het Duitse taalgebied te kunnen bekleden.

§ 2. Slaagt de muziekacademie klaarblijkelijk er niet in om personen aan te werven die aan de in § 1 bepaalde voorwaarden voldoen, dan kan haar de Regering toelaten personeelsleden aan te werven die aan deze voorwaarden niet voldoen.

Lid 1 is van toepassing op voorwaarde dat de muziekacademie

1° een werkaanbod in een dagblad heeft bekendgemaakt;

2° de Dienst voor Arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap schriftelijk op de hoogte heeft gebracht van de toewijzing van een betrekking en

3° aansluitend de Regering heeft medegedeeld dat geen enkel kandidaat aan alle voorwaarden voldoet om tijdelijk aangewezen of aangesteld te kunnen worden.

Een afwijking wordt individueel, voor elke betrokken kandidaat toegekend; zij geldt voor ten hoogste één schooljaar en kan hernieuwd worden.

HOOFDSTUK XVIII. — *Arbeidstijdregeling in geval van verminderde prestaties wegens een verlof of een terbeschikkingstelling*

Art. 20. Dit hoofdstuk is van toepassing op :

1° de personeelsleden van de onderwijsinrichtingen en psycho-medisch-sociale centra die door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd worden en aan een statuut onderworpen zijn;

2° de gesubsidieerde personeelsleden van de onderwijsinrichtingen en psycho-medisch-sociale centra die door de Duitstalige Gemeenschap gesubsidieerd worden en aan een statuut onderworpen zijn.

Art. 21. Wanneer een personeelslid verminderde dienstprestaties verricht wegens welke vorm van verlof of terbeschikkingstelling dan ook, dan worden deze prestaties verdeeld over ten hoogste vier dagen per week, als de vermindering ten minste één vijfde van een voltijdse betrekking bedraagt. Bedraagt de vermindering van de prestaties de helft van een voltijdse betrekking, dan worden de prestaties bovendien tot ten hoogste 6 halve dagen per week beperkt.

HOOFDSTUK XIX. — *Regeling m.b.t. bepaalde vormen verlof*

Afdeling 1. — Toepassingsgebied

Art. 22. Dit hoofdstuk is van toepassing op

1° de personeelsleden van de onderwijsinrichtingen en psycho-medisch-sociale centra die door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd worden en aan een statuut onderworpen zijn;

2° de gesubsidieerde personeelsleden van de onderwijsinrichtingen en psycho-medisch-sociale centra die door de Duitstalige Gemeenschap gesubsidieerd worden en aan een statuut onderworpen zijn.

Afdeling 2. — Verlof voor persoonlijke omstandigheden

Art. 23. Op hun verzoek kent de inrichtende macht verloven voor persoonlijke omstandigheden toe aan de in artikel 22 bedoelde personeelsleden die in dienstactiviteit zijn, overeenkomstig de volgende voorwaarden :

1° bevalling van de echtgenote of persoon met wie het personeelslid samenleeft :

a) duur : 10 werkdagen

b) tijdstip : vanaf de dag van de geboorte, binnen een termijn van 14 dagen;

2° huwelijk van het personeelslid :

a) duur : 4 werkdagen

b) tijdstip : in de week van het huwelijk of de daaropvolgende week;

3° huwelijk van een kind van het personeelslid, van zijn echtgeno(o)t(e) of persoon met wie het samenleeft :

a) duur : 2 werkdagen

b) tijdstip : in de week van het huwelijk of de daaropvolgende week;

4° huwelijk van een ouder of stiefouder, van een kleinkind, van zusters of broeders, van stiefbroeders of -zusters van het personeelslid :

a) duur : 1 werkdag

b) tijdstip : de dag van het huwelijk;

5° overlijden van de echtgeno(o)t(e) of persoon met wie het personeelslid samenleeft, van een bloed- of aanverwant in de eerste graad van het personeelslid, zijn echtgeno(o)t(e) of de persoon met wie het samenleeft :

a) duur : 4 werkdagen

b) tijdstip : in de week van het overlijden of de daaropvolgende week;

6° overlijden van een bloed- of aanverwant van het personeelslid of van de persoon met wie het samenleeft, in om het even welke graad maar onder hetzelfde dak wonend als het personeelslid :

a) duur : 2 werkdagen

b) tijdstip : vanaf de dag van het overlijden tot op de dag van de begraafing;

7° overlijden van een bloed- of aanverwant van het personeelslid of van de persoon met wie het samenleeft, in de tweede of derde graad echter niet onder hetzelfde dak wonend als het personeelslid :

a) duur : 1 werkdag

b) tijdstip : de dag van de begraafing

8° geven van bloed of plasma

a) duur : 1 werkdag met een maximaal aantal van 4 werkdagen per kalenderjaar

b) tijdstip : de dag zelf of de dag nadien; in de maanden juni, juli, augustus en september wordt geen verlof toegekend;

9° afstaan van beenmerg

a) duur : 4 werkdagen

b) tijdstip : vanaf de dag waarop het beenmerg wordt afgenomen;

10° plechtige communie van een kind van het personeelslid, van zijn echtgeno(o)t(e), of van de persoon met wie het personeelslid samenleeft, of elke andere gelijkaardige religieuze of vrijzinnige plechtigheid

a) duur : 1 werkdag

b) tijdstip : de dag zelf of de dag nadien;

11° priesterwijding of intreden in het klooster van een kind van het personeelslid, van zijn echtgeno(o)t(e), of van de persoon met wie het personeelslid op het tijdstip van de gebeurtenis samenleeft of elke andere gelijkaardige religieuze of vrijzinnige gebeurtenis

a) duur : 1 werkdag

b) tijdstip : de dag zelf of de dag nadien;

12° om de volgende burgerlijke verplichtingen na te komen :

a) optreden vóór een rechtbank als beschuldigde, klager of getuige

b) deelneming aan een familieraad bijeengeroepen door een vrederechter

c) als gezworene

voor de noodzakelijke en bewijsbare duur van de verplichting.

13° om bepaalde burgerlijke verplichtingen na te komen als voorzitter of lid van een stembureau :

a) duur : 1 werkdag

b) tijdstip : de dag volgend op de verkiezingen.

Wat de omstandigheidsverloven bedoeld in lid 1, 2° en 3°, bepaalt het personeelslid in onderlinge overeenstemming met de directeur of het inrichtingshoofd de verschillende verlofdagen binnen de perken van de voorgeschreven termijn.

De omstandigheidsverloven gelden als bezoldigde verloven en worden met een periode van dienstactiviteit gelijkgesteld.

Voor de toepassing van deze afdeling wordt het begrip "werkdag" gelijkgesteld met het begrip "schooldag".

Afdeling 3. — Uitzonderlijk verlof wegens overmacht

Art. 24. De inrichtende macht kent aan de in artikel 22 bedoelde personeelsleden die in dienstactiviteit zijn een uitzonderlijk verlof wegens overmacht toe, indien één der volgende personen die met het personeelslid onder hetzelfde dak woont ziek is of het slachtoffer is van een ongeval : de echtgeno(o)t(e), de persoon met wie het personeelslid samenleeft, een bloed- of aanverwant, een bloedverwant van de persoon met wie het personeelslid samenleeft, een persoon opgenomen met het oog op zijn adoptie of met het oog op de uitoefening van een pleegvoogdij.

De noodzaak van de aanwezigheid bij de zieke wordt bewezen aan de hand van een doktersattest. Zo'n attest moet voor elke aanvraag om uitzonderlijk verlof wegens overmacht worden ingediend.

De duur van dit verlof mag niet meer dan vijf werkdagen per kalenderjaar bedragen. Indien het kind van het personeelslid of van de persoon met wie het samenleeft minder dan 12 jaar oud is of het slachtoffer van een ongeval is, kan de duur van het verlof uitzonderlijk tot 8 werkdagen per kalenderjaar worden verlengd.

Is het personeelslid dat het uitzonderlijk verlof wenst te genieten gehuwd of leeft het met iemand samen, dan moet het personeelslid aan de hand van een attest uitgeleverd door de werkgever van zijn/haar echtgeno(o)t(e) of van de persoon met wie het samenleeft het bewijs leveren dat deze laatste dit verlof niet geniet om dezelfde reden.

De dagen uitzonderlijk verlof wegens overmacht zijn bezoldigde verlofdagen en worden met een periode van dienstactiviteit gelijkgesteld. Het verlof kan gesplitst worden.

Voor de toepassing van deze afdeling wordt het begrip "werkdag" met het begrip "schooldag" gelijkgesteld.

Afdeling 4. — Opvangverlof voor adoptie of pleegvoogdij

Art. 25. De inrichtende macht kent aan de in artikel 22 bedoelde personeelsleden die in dienstactiviteit zijn en erom verzoeken een opvangverlof toe voor de adoptie of pleegvoogdij van een kind beneden de leeftijd van 12 jaar.

De maximale duur van dit verlof belooft 6 weken als het kind jonger dan 3 jaar is en 4 weken als het kind ouder dan 3 jaar is. De maximale duur wordt verdubbeld wanneer het opgenomen kind mindervalide is en aan de voorwaarden voldoet om kinderbijslag te genieten overeenkomstig artikel 47 van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders of artikel 26 van het koninklijk besluit van 8 april 1976 houdende regeling van de gezinsbijslag ten voordele van de zelfstandigen.

Wanneer het personeelslid gehuwd is en ofwel beide echtgenoten leden zijn van een onderwijsinrichting of psycho-medisch-sociaal centrum georganiseerd of gesubsidieerd door de Duitstalige Gemeenschap, ofwel één der echtgenoten werkzaam is in een onderwijs georganiseerd of gesubsidieerd door de Duitstalige Gemeenschap en de andere in een psycho-medisch-sociaal centrum georganiseerd of gesubsidieerd door de Duitstalige Gemeenschap, dan mag dit verlof op aanvraag van de adoptanten onder hen verdeeld worden. Indien slechts één van de echtgenoten adopteert, kan alleen deze het opvangverlof genieten.

Het verlof wordt bezoldigd en met een periode van dienstactiviteit gelijkgesteld. Het wordt niet in rekening gehouden voor de berekening van de stageperiode.

Voor de toepassing van deze afdeling worden pleegvoogdij en adoptie gelijkgesteld.

Art. 26. Het opvangverlof begint op de datum waarop het kind daadwerkelijk in het gezin wordt opgenomen. Het tijdstip blijkt uit een bewijs van woonplaats, uitgereikt door het gemeentebestuur.

In afwijking van het voorafgaande lid begint het verlof op de datum waarop het personeelslid naar het buitenland afreist, op voorwaarde dat bij de terugkeer in België de adoptie heeft plaatsgevonden. Indien echter bij de terugkeer blijkt dat geen adoptie heeft plaatsgehad, dan wordt deze periode van verlof omgezet in een terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden omgezet, als het om een vastbenoemd of definitief aangesteld personeelslid of om een stagiair gaat. Deze terbeschikkingstelling neemt een einde ten laatste op het ogenblik waar het oorspronkelijk toegekend opvangverlof met het oog op adoptie of pleegvoogdij had moeten eindigen.

Gaat het om een tijdelijk aangewezen of tijdelijk aangesteld personeelslid, dan heeft het feit dat de adoptie niet plaats heeft gevonden tot gevolg dat de aanwijzing voor de dienovereenkomstige periode geschorst wordt. Wordt het personeelslid tijdens het verlof tot de stage toegelaten of vastbenoemd, dan wordt de stage of de benoeming gehandhaafd en blijft het personeelslid onderworpen aan de bepalingen van het voorafgaande lid.

Afdeling 5. — Moederschapsverlof

Art. 27. Het in dienstactiviteit zijnde vrouwelijk personeelslid bedoeld in artikel 22 heeft recht op een moederschapsverlof krachtens artikel 39 van de arbeidswet van 16 maart 1971.

Op verzoek van het betrokken personeelslid is de inrichtende macht er toe gehouden dit personeelslid verlof te geven ten vroegste vanaf de zevende week vóór de vermoedelijke bevallingsdatum of vanaf de achtste week vóór deze datum in het geval van de geboorte van een meerling.

Uiterlijk zeven weken vóór de vermoedelijke bevallingsdatum of negen weken vóór deze datum in het geval van de geboorte van een meerling overhandigt het personeelslid een geneeskundig attest houdende bekrachtiging van deze datum aan de inrichtende macht.

Indien de bevalling na de door de geneesheer bepaalde datum gebeurt, wordt het prenataal verlof bedoeld in lid 1 tot de werkelijke bevallingsdatum verlengd.

Het personeelslid mag geen werk verrichten vanaf de zevende dag vóór de vermoedelijke bevallingsdatum tot na afloop van een periode van negen weken die op de dag van de bevalling ingaat.

Op verzoek van het personeelslid wordt de arbeidsonderbreking na de negende week verlengd met een periode waarvan de duur gelijk is aan de duur van de periode waarin zij bleef werken vanaf de zesde week vóór de werkelijke bevallingsdatum of vanaf de achtste week in het geval van de geboorte van een meerling. Bij vroeggeboorte wordt deze periode met het aantal dagen verminderd waarop werk verricht werd tijdens de periode van zeven dagen vóór de bevallingsdatum.

Bij de geboorte van een meerling wordt, op verzoek van het personeelslid en overeenkomstig de bepalingen van het voorafgaande lid, de periode van arbeidsonderbreking van negen weken na de bevalling verleng met maximaal twee bijkomende weken.

Moet het kind echter langer dan zeven dagen na zijn geboorte in het ziekenhuis blijven, kan het personeelslid, op verzoek en na gebruik te hebben gemaakt van het postnataal moederschapsverlof, om een verlenging van de arbeidsonderbreking vragen die gelijk is aan het aantal dagen dat het kind vanaf de zevende dag na zijn geboorte in het ziekenhuis moest verblijven. Het moederschapsverlof mag maximaal met 24 weken worden verlengd.

Het personeelslid dat van deze mogelijkheid gebruik wenst te maken, geeft de inrichtende macht de volgende documenten af:

1° bij de hervatting van de arbeid een attest van de ziekenhuisinrichting waaruit blijkt dat de pasgeborene langer dan zeven dagen vanaf zijn geboorte in het ziekenhuis moest blijven, met vermelding van de duur van het ziekenhuisverblijf;

2° desgevallend, na afloop van de periode gedekt door het eerste attest, een nieuw attest, bekrachtigend dat het kind het ziekenhuis nog niet mag verlaten, met vermelding van de duur van het ziekenhuisverblijf

Het moederschapsverlof wordt met een periode van dienstactiviteit gelijkgesteld. Het komt niet in aanmerking voor het berekenen van de stageperiode.

Het betrokken personeelslid dat zich in moederschapsverlof bevindt, heeft recht op een bezoldiging tijdens ten hoogste vijftien en, in het geval van de geboorte van een meerling, negentien weken.

In afwijking van het voorafgaande lid worden tijdelijk aangewezen of tijdelijk aangestelde personeelsleden tijdens de duur van het moederschapsverlof niet bezoldigd.

Art. 28. Eventuele afwezigheidsdagen wegens ziekte of gebrekkigheid die het personeelslid neemt tijdens de zes en, in het geval van de geboorte van een meerling, acht weken vóór de zevende dag die de werkelijke bevallingsdatum voorafgaat, worden slechts in moederschapsverlof omgezet als het personeelslid na deze afwezigheidsdagen zijn dienst niet hervat tot het begin van het eigenlijk moederschapsverlof.

Art. 29. Het personeelslid heeft recht op een dienstvrijstelling voor de prenatale medische onderzoeken die niet buiten de diensturen kunnen plaatsvinden. Als bewijs moet een attest van de behandelende arts worden ingediend. Deze dienstvrijstelling wordt bezoldigd en met een periode van dienstactiviteit gelijkgesteld.

Art. 30. In geval van miskraam vóór de 181ste dag van de zwangerschap heeft het personeelslid geen recht op het in artikel 27 beschreven moederschapsverlof.

Art. 31. § 1. Als de moeder van het kind tussen de bevalling en het einde van het moederschapsverlof overlijdt of moet worden gehospitaliseerd, wordt de vader van het kind die onder het toepassingsgebied van artikel 22 van dit decreet valt, op zijn verzoek een vaderschapsverlof toegekend om voor het kind te zorgen.

§ 2. Als de moeder overlijdt, is de maximale duur van het vaderschapsverlof bedoeld in § 1 gelijk aan de duur van het moederschapsverlof dat de moeder nog niet opgebruikt had. Het personeelslid dat een vaderschapsverlof wenst te genieten, informeert er de inrichtende macht schriftelijk van binnen zeven dagen na het overlijden van de moeder. Dit geschrift vermeldt de aanvangsdatum van het verlof en de vermoedelijke duur ervan. Bovendien moet de vader binnen de korstmogelijke termijn een overlijdensakte voorleggen.

§ 3. Als de moeder moet worden gehospitaliseerd, dan kan de vader het in § 1 vermeld vaderschapsverlof slechts genieten als de pasgeborene het ziekenhuis al heeft verlaten en de moeder langer dan zeven dagen in het ziekenhuis moet blijven.

Het vaderschapsverlof begint ten vroegste op de zevende dag volgend op de geboorte van het kind. Het eindigt op het ogenblik dat de moeder het ziekenhuis verlaat, echter ten laatste op het einde van het door de moeder niet-opgebruikte moederschapsverlof.

De vader die een vaderschapsverlof wenst te genieten, informeert er de inrichtende macht schriftelijk van binnen de zeven dagen nadat de moeder in het ziekenhuis is opgenomen. Dit geschrift vermeldt de aanvangsdatum van het vaderschapsverlof en de vermoedelijke duur ervan. Bovendien overhandigt de vader een attest van het ziekenhuis dat bekrachtigt dat de hospitalisatie langer duurt dan zeven dagen na de geboorte van het kind en het datum vermeldt waarop de pasgeborene het ziekenhuis heeft verlaten.

§ 4. Het vaderschapsverlof wordt bezoldigd en met een periode van dienstactiviteit gelijkgesteld.

In afwijking van vorig lid worden tijdelijk aangewezen of tijdelijk aangestelde personeelsleden tijdens de duur van het vaderschapsverlof niet bezoldigd.

Art. 32. De bepalingen van deze afdeling stemmen overeen met de Richtlijn 92/85/EEG van de Raad van de Europese Gemeenschap van 19 oktober 1992 inzake de tenuitvoerlegging van maatregelen ter bevordering van de verbetering van de veiligheid en de gezondheid op het werk van werkneemsters tijdens de zwangerschap, na de bevalling en tijdens de lactatie.

Afdeling 6. — Ouderschapsverlof

Art. 33. Aan het personeelslid bedoeld in artikel 22 dat in dienstactiviteit is en erom verzoekt kan de inrichtende macht een ouderschapsverlof toekennen tot het 18^e levensjaar van het kind wiens het personeelslid de vader of moeder resp. de adoptieve vader of moeder is.

Het ouderschapsverlof duurt drie maanden in totaal. Het verlof kan gesplitst worden. Het wordt telkens voor hele maanden toegekend en per hele dagen genomen.

Het personeelslid dat een ouderschapsverlof wenst te genieten, dient door bemiddeling van het inrichtingshoofd resp. de directeur, ten laatste dertig dagen vóór het begin van het verlof, een schriftelijke aanvraag bij de inrichtende macht in met vermelding van het begin- en einddatum van het verlof.

In afwijking van het voorafgaande lid kan de inrichtende macht zelf het ouderschapsverlof toestaan als het na afloop van de in het voorafgaande lid bepaalde termijn werd aangevraagd, voorzover dit de goede werking van de dienst niet in het gedrang brengt.

Het ouderschapsverlof wordt niet bezoldigd, echter met een periode van dienstactiviteit gelijkgesteld. Het komt in aanmerking genomen om de stageperiode te berekenen.

Art. 34. De bepalingen van deze afdeling stemmen overeen met de Richtlijn 96/34/EG van de Raad van de Europese Gemeenschappen van 3 juni 1996 betreffende de door de UNICE, het CEEP en het EVV gesloten raamovereenkomst inzake ouderschapsverlof.

HOOFDSTUK XX. — Overgangsbepaling

Art. 35. In afwijking van de artikelen 8, § 1, lid 4, 10, § 1, lid 5 en 10bis, § 3, van het koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984 betreffende de opdrachten, de wedden, de weddetoelagen en de verloven voor verminderde prestatie in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra wordt het verzoek voor 1 september 2005 ten laatste op 15 juli 2005 door bemiddeling van de directeur resp. het inrichtingshoofd bij de Regering van de Duitstalige Gemeenschap ingediend.

HOOFDSTUK XXI. — Opheffingsbepalingen

Art. 36. Worden opgeheven :

1° de artikelen 4, 4bis, 5 en 8bis, van het koninklijk besluit van 8 december 1967 genomen ter uitvoering van artikel 3 van het koninklijk besluit van 28 februari 1967 houdende vaststelling van de administratieve stand van de leden van het administratief personeel en van het meesters-, vak- en dienstponeel van de rijksinrichtingen voor kleuteronderwijs, voor lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs;

2° artikel 5 van het koninklijk besluit van 29 mei 1972 betreffende de dagen bezoldigd ziekte- en bevallingsverlof toegekend aan het tijdelijk aangesteld bestuurs- en onderwijzend personeel, opvoedend hulppersoneel en paramedisch personeel der rijksinrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst-, en normaalonderwijs;

3° de artikelen 5, 5*bis*, 6 en 13*bis* van het koninklijk besluit van 15 januari 1974 genomen ter toepassing van artikel 160 van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen, en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen;

4° het koninklijk besluit van 13 oktober 1978 betreffende het verlof voor de opvang met het oog op adoptie en pleegvoogdij van de personeelsleden van het gesubsidieerd onderwijs;

5° het koninklijk besluit van 28 november 1978 betreffende het uitzonderlijk verlof in gevallen van overmacht, toegestaan aan de leden van het gesubsidieerd personeel;

6° het koninklijk besluit van 14 januari 1979 betreffende het omstandigheidsverlof toegekend aan sommige tijdelijk aangestelde personeelsleden van rijksonderwijsinrichtingen;

7° het koninklijk besluit van 27 februari 1979 betreffende het uitzonderlijk verlof in gevallen van overmacht, toegestaan aan de leden van de gesubsidieerde psycho-medisch-sociale centra en diensten voor studie- en beroepsoriëntering;

8° de artikelen 4, 5, 6, 8 en 13 van het koninklijk besluit van 19 mei 1981 betreffende de vakantie- en verlofregeling van het stagedoend en vastbenoemd technisch personeel van de rijks-psycho-medisch-sociale centra, de rijksvormingscentra en de inspectiediensten;

9° het koninklijk besluit van 14 oktober 1989 betreffende het verlof voor de opvang met het oog op adoptie en pleegvoogdij van de gesubsidieerde personeelsleden van de gesubsidieerde psycho-medisch-sociale centra en diensten voor studie- en beroepsoriëntering;

10° het koninklijk besluit van 12 november 1986 betreffende het verlof voor de opvang met het oog op adoptie en pleegvoogdij toegekend aan sommige tijdelijk aangestelde personeelsleden van rijksonderwijsinrichtingen;

11° de artikelen 2 à 4 van het besluit van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap van 13 maart 1991 betreffende het ouderschapsverlof en het verlof om dringende familiale redenen die aan bepaalde tijdelijke personeelsleden van de inrichtingen van het gemeenschapsonderwijs toegekend worden;

12° het besluit van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap van 13 maart 1991 betreffende het ouderschapsverlof en het verlof om dringende familiale redenen die aan bepaalde vastbenoemde personeelsleden en stagiairs van de inrichtingen van het gemeenschapsonderwijs toegekend worden;

13° de artikelen 3 à 7 van het besluit van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap van 5 juni 1991 betreffende het ouderschapsverlof en het verlof om dringende familiale redenen die aan bepaalde personeelsleden van de door het gemeenschapsonderwijs georganiseerde PMS-centra toegekend worden;

14° het besluit van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap van 20 januari 1993 betreffende het omstandigheidsverlof toegekend aan de vastbenoemde en tijdelijk aangestelde personeelsleden van het door de Duitstalige Gemeenschap gesubsidieerd onderwijs;

15° de artikelen 2 à 4 van het besluit van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap van 24 maart 1993 betreffende het ouderschapsverlof en het verlof om dringende familiale redenen die aan bepaalde tijdelijk aangestelde personeelsleden van de gesubsidieerde onderwijsinrichtingen van de Duitstalige Gemeenschap toegekend worden;

16° de artikelen 2 à 4 van het besluit van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap van 24 maart 1993 betreffende het ouderschapsverlof en het verlof om dringende familiale redenen die aan bepaalde vastbenoemde personeelsleden van de gesubsidieerde onderwijsinrichtingen van de Duitstalige Gemeenschap toegekend worden;

17° het besluit van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap van 29 april 1993 betreffende het verlof voor de opvang met het oog op adoptie en pleegvoogdij toegekend aan sommige tijdelijk aangestelde personeelsleden van de gesubsidieerde onderwijsinrichtingen;

18° de artikelen 3 à 6 van het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 1 september 1993 betreffende het ouderschapsverlof en het verlof om dringende familiale redenen die aan gesubsidieerde personeelsleden van de gesubsidieerde PMS-centra van de Duitstalige Gemeenschap toegekend worden;

19° de artikelen 2 à 6 van het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 23 november 1994 betreffende het ouderschapsverlof en het verlof om dringende familiale redenen die aan de personeelsleden toegekend worden op wie de bepalingen van het koninklijk besluit van 25 oktober 1971 tot vaststelling van het statuut van de leermeesters, de leraars en de inspecteurs katholieke en protestantse godsdienst der inrichtingen voor lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat toepasselijk zijn;

20° artikel 71 van het decreet van 14 december 1998 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd vrij onderwijs en van het gesubsidieerd vrij PMS-Centrum;

21° de artikelen 33 en 35, e), van het besluit van de Regering van 9 november 2000 tot wijziging van het koninklijk besluit van 27 juni 1974 waarbij op 1 april 1972 worden vastgesteld de schalen verbonden aan de ambten van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel en van het paramedisch personeel bij de rijksonderwijsinrichtingen, aan de ambten van de leden van de inspectiedienst belast met het toezicht op deze inrichtingen en aan de ambten van de leden van de inspectiedienst van het schriftelijk onderwijs en van het gesubsidieerd lager onderwijs, en de schalen verbonden aan de graden van het personeel van de psycho-medisch-sociale centra van de Staat.

HOOFDSTUK XXII. — *Inwerkingtreding*

Art. 37. Dit decreet treedt in werking op 1 september 2005 behalve :

1° de artikelen 1, 1° en 2°, 2, 3, 12, 1° en 2°, en 36, 21°, welke op 1 september 2004 uitwerking hebben;

2° artikel 18 dat op 1 februari 2005 uitwerking heeft;

3° de artikelen 4, 8, 9, 10, 11, 14 en 35 die in werking treden de dag waarop voorliggend decreet wordt aangenomen.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Gegeven te Eupen op 6 juni 2005.

K.-H. LAMBERTZ

Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
Minister van Lokale Besturen

B. GENTGES

Vice-Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
Minister van Vorming en Werkgelegenheid, Sociale Aangelegenheden en Toerisme

O. PAASCH

Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk OnderzoekMevr.

I. WEYKMANS

Minister van Cultuur en Media,
Monumentenzorg, Jeugd en Sport

—
Nota's

(1) *Zitting 2004-2005.*

Bescheiden van de Raad :

36 (2004-2005), nr. 1. Ontwerp van decreet.

36 (2005-2005), nrs. 2-4. Voorstellen tot wijziging.

36 (2004-2005), nr. 5. Verslag.

36 (2004-2005), nr. 6 Voorstellen tot wijziging betreffende de tekst aangenomen door de commissie.

Integraal verslag : Bespreking en aanneming, Zitting van 6 juni 2005.

REGION DE BRUXELLES-CAPITALE — BRUSSELS HOOFDSTEDELIJK GEWEST

MINISTERE

DE LA REGION DE BRUXELLES-CAPITALE

F. 2005 — 2296 (2005 — 2064)

[C — 2005/31303]

30 JUNI 2005. — Arrêté du Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale modifiant l'arrêté du Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale du 28 novembre 2002 relatif au régime des contractuels subventionnés. — Erratum

Au *Moniteur belge* du 29 août 2005, page 37355, il y a lieu de considérer la publication, comme nulle, suite à la publication antérieure de ce texte au *Moniteur belge* du 4 août 2005, page 34229.

MINISTERIE

VAN HET BRUSSELS HOOFDSTEDELIJK GEWEST

N. 2005 — 2296 (2005 — 2064)

[C — 2005/31303]

30 JUNI 2005. — Besluit van de Brusselse Hoofdstedelijke Regering tot wijziging van het besluit van de Brusselse Hoofdstedelijke Regering van 28 november 2002 betreffende het stelsel van de gesubsidieerde contractuelen. — Erratum

In het *Belgisch Staatsblad* van 29 augustus 2005, pagina 37355 dient de publicatie, als nietig beschouwd te worden wegens eerdere publicatie van deze tekst in het *Belgisch Staatsblad* van 4 augustus 2005, pagina 34229.

MINISTERE

DE LA REGION DE BRUXELLES-CAPITALE

F. 2005 — 2297 (2005 — 2142)

[C — 2005/31304]

7 JUILLET 2005. — Arrêté du Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale portant modification de l'arrêté du Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale du 26 octobre 2000 relatif à la conservation des habitats naturels ainsi que de la faune et de la flore sauvages, de l'arrêté du Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale du 22 avril 1999 fixant le modèle de la déclaration préalable pour les installations de classe III au sens de l'ordonnance du 5 juin 1997 relative aux permis d'environnement et de l'arrêté du Gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale du 1^{er} décembre 1994 déterminant la composition du dossier de demande de certificat et de permis environnement. — Erratum

La publication au *Moniteur belge* du 2 septembre 2005, page 38541, doit être considérée comme nulle et non avenue.

MINISTERIE

VAN HET BRUSSELS HOOFDSTEDELIJK GEWEST

N. 2005 — 2297 (2005 — 2142)

[C — 2005/31304]

7 JULI 2005. — Besluit van de Brusselse Hoofdstedelijke Regering tot wijziging van het besluit van de Brusselse Hoofdstedelijke Regering van 26 oktober 2000 betreffende de instandhouding van de natuurlijke habitats en van de wilde fauna en flora, het besluit van de Brusselse Hoofdstedelijke Regering van 22 april 1999 tot vastlegging van het model van de voorafgaande aangifte voor de inrichtingen van klasse III in de zin van de ordonnantie van 5 juni 1997 inzake milieuvergunningen en het besluit van de Brusselse Hoofdstedelijke Regering van 1 december 1994 tot bepaling van de samenstelling van het aanvraagdossier voor een milieuvergunning en -attest. — Erratum

De bekendmaking in het *Belgisch Staatsblad* van 2 september 2005, pagina 38541, dient als nietig en onbestaande beschouwd te worden.